Morgen-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Breslau bei Emil Kabath.



Annoncen-Annahme-Bureaus: In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M. Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Daube & Co. — Haasenstein & Vogler, — Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank."

Nr. 106.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 12. Februar

(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1875.

Amtliches.

Berlin, 10. Februar. Der König hat dem Notar Klein zu Oberkassel bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Justi-Rath verliehen.

Die polnische Presse und die polnische Sprache in der städtischen Bürgerschule zu Posen.

Drei hiesige polnische Zeitungen, der „Kuryer", der „Dziennik" und der „Orędownik" haben nach einander in ihren Nummern vom Donnerstag, Freitag und Sonnabend der vorigen Woche den Dirigenten obiger Anstalt, Rektor Hecht, wegen seines in Beziehung auf den Gebrauch oder vielmehr Nichtgebrauch der polnischen Sprache beobachteten Verfahrens in einer ganz maßlosen und unwürdigen Weise angegriffen und geschmäht.

In dem Folgenden wollen wir nicht etwa eine Widerlegung der völlig ungerechtfertigten Angriffe und Schmähungen gegen den Obengenannten versuchen, denn einer solchen bedarf es bei der Einfachheit und Klarheit des Falles nach unserer Meinung gar nicht; — aber wir halten es zum Wohle der betreffenden Anstalt und im Interesse derjenigen Eltern, welche ihre Kinder der städtischen Bürgerschule anvertraut haben, sowie behufs Information der übergeordneten königlichen Schulbehörden für geboten, die streitige Angelegenheit, wie solche aus den uns vorliegenden amtlichen Schriftsätzen hervorgeht, auch unsererseits der Oeffentlichkeit wahrheitsgetreu zu übergeben, damit dadurch jede durch die in den polnischen Zeitungen erfolgte tendenziöse Darstellung des streitigen Falles etwa entstandene irrige Vorstellung vollständig beseitigt werde.

Die streitige Angelegenheit, der polnischerseits unzweifelhaft eine große prinzipielle und politische Bedeutung beigelegt wird, geht aus der amtlichen Entgegnung des Rektors klar hervor, weßhalb wir den Wortlaut der Beschwerdeschrift, die in polnischer Sprache bei dem Magistrat eingereicht worden ist, hier weglassen können. Die von dem Rektor Hecht an den Magistrat erstattete Rechtfertigungsschrift, welche zugleich als Beschwerdebeantwortung gelten kann, lautet wie folgt:

Aus dem von dem p. Janiszewski seiner Beschwerdeschrift beigefügten, von mir und dem Ordinarius der Kn.-Kl. IVb unterschriebenen Zettel ist eine Einrichtung der Bürgerschule ersichtlich, welche sicherlich auch von Nichtpädagogen als zweckmäßig wird anerkannt werden müssen. Es soll durch diese Einrichtung den Eltern unserer Kinder im Bedürfnißfalle sofort Kenntniß von den Ausstellungen gegeben werden, welche die Anstalt etwa an den Kindern zu machen hat. Diese Einrichtung selbst wird auch von dem Beschwerdeführer nicht angefochten. Der zwischen der Schule und dem p. Janiszewski entstandene und von diesem provocirte Konflikt ist vielmehr nur dadurch entstanden, daß der Beschwerdeführer von dem Grundsatze ausgeht, er dürfe, als Pole, keine Benachrichtigungen von der Schulanstalt, der sein Sohn angehört, annehmen, welche in deutscher Sprache abgefaßt sind.

Um eine klare Einsicht in die streitige Angelegenheit zu ermöglichen, erscheint es nöthig, daß auch meinerseits der Verlauf derselben vorgeführt wird. Dieser ist folgender:

Der Schüler Vinzent Janiszewski hat den in Rede stehenden Zettel am Sonnabend den 30. Januar c. von seinem Ordinarius, dem Lehrer Scholz, mit der Aufgabe erhalten, denselben am Montag den 1. Februar c. von seinem Vater unterschrieben zurückbringen. Als der Ordinarius Scholz am Montage die am Sonnabend ausgegebenen Strafzettel einforderte, hatte der Schüler Janiszewski seinen Strafzettel nicht unterschrieben. Auf Befragen seines Ordinarius, warum der Zettel nicht unterschrieben sei, gab der Knabe demselben zur Antwort: „Mein Vater unterschreibt keinen deutschen Zettel." Der Ordinarius theilte mir die Sachlage mit, und wir kamen dahin überein, der Knabe solle mit dem Ersuchen an den Vater nach Hause geschickt werden, er möge den Zettel der Schul-Ordnung gemäß unterschreiben. Sobald dies geschehen, sollte der Knabe zurückkehren. Dies war Montag, den 1. Februar Vormittags geschehen; Nachmittags kam der Knabe wieder ohne den Zettel. Dienstag, den 2. Februar, war wegen des katholischen Feiertages der Unterricht ausgefallen. Mittwoch, den 3. Februar cr., des Morgens um 8 Uhr befand ich mich auf dem Schulhofe. Der Beschwerdeführer kam mit seinem Knaben auf mich zu und brachte seine Klage gegen den Herrn Scholz in polnischer Sprache bei mir an. Er beklagte sich darüber, daß Herr Scholz den Knaben nach Hause geschickt habe, weil er (der Vater) den Zettel nicht unterschrieben, und erklärte, daß er unter keinen Umständen einen deutschen Zettel unterschreiben werde. Darauf antwortete ich dem p. Janiszewski in deutscher Sprache, denn der Mann hat ja bei anderen Gelegenheiten mit mir deutsch gesprochen, daß wir polnische Zettel nicht — besäßen, und daß wir mit ihm eine Ausnahme nicht machen könnten, um so weniger, als sowohl er selbst, als auch sein Sohn ganz gut deutsch verständen. Darauf entgegnete mir p. Janiszewski abermals in polnischer Sprache, er brauche deutsche Zettel nicht zu unterschreiben und ich müßte polnisch mit ihm reden, er hätte ein Recht zu dieser Forderung, denn er steuere zu meinem Gehalt auch bei. Auf diese Auslassung entgegnete ich ihm nun in polnischer Sprache, ich hätte nun nichts mehr mit ihm zu reden, und da ich den Knaben nur dann in die Klasse gehen lassen könnte, wenn der Zettel unterschrieben wäre, so wolle er den Zettel unterschreiben; geschähe dies nicht, so müsse er sich den Knaben mitnehmen und ihn in eine andere Schule schicken, wo er polnische Zettel zum Unterschreiben bekäme. Da ich selbst um 8 Uhr in der Anstalt beschäftigt war, so kehrte ich dem p. Janiszewski den Rücken, ließ ihn stehen und ging meinem Amte nach. p. Janiszewski entfernte sich nun mit seinem Knaben mit den Worten: No, jest przecież więcéj szkół w Poznaniu."*) Von einem die Thür weisen kann demnach gar nicht die Rede sein, und muß ich diese Angabe des Beschwerdeführers als eine vollständige Unwahrheit bezeichnen. Trotz dieser Aeußerung hat der Beschwerdeführer den Knaben nicht anderweitig untergebracht, vielmehr hat er die oben erwähnte Beschwerde eingereicht. — Dies der historische Verlauf der Angelegenheit.

I. Was nun meine Handlungsweise in der Beschwerdeangelegenheit selbst anbelangt, so glaube ich dieselbe als vollständig korrekt erachten zu dürfen.

*) Nun es giebt ja mehr Schulen in Posen.

Die Anstalt kann sich bei Handhabung ihrer Disziplinarmittel in keiner Weise durch das Eingreifen der Eltern beeinflussen und irritiren lassen; es würde dadurch die Eintracht und die Einheitlichkeit in der Anstalt, sowie der Gehorsam der Schüler gegen ihre Lehrer vollständig untergraben werden. Wäre der Knabe Janiszewski, auch ohne daß der deutsche Zettel vom Vater unterschrieben, wieder in die Klasse aufgenommen worden, so hätte dies auf die andern polnischen Schüler, die ja ohnedies von anderer Seite her schon mehr als zu viel in ihrem oppositionellen Polonismus bestärkt werden, in disziplinarer Beziehung den übelsten Eindruck gemacht, und es wäre nach dieser Richtung hin gradezu dem sich breitmachenden Polonismus Thor und Thür geöffnet worden. Für derartige Bestrebungen polnischer Eltern kann und soll aber niemals die mir anvertraute Schulanstalt als Tummelplatz dienen, wenigstens so lange nicht, als ich an der Spitze derselben stehen werde; ebenso wenig aber werde ich auch niemals dem von polnischen Eltern in herausfordernder Weise an mich gestellten Anfordern, nur polnisch mit ihnen zu reden, willfahren; während ich dagegen in den Fällen, in welchen ich das Unvermögen polnischer Eltern erkenne, sich deutsch verständlich zu machen, bisher schon stets aus eigener Initiative denselben durch den Gebrauch der polnischen Sprache bei Vermittlung des Verständnisses zu Hilfe gekommen bin und dies auch fernerhin thun werde.

II. Was nun aber den Umstand anbelangt, daß von der Anstalt nur deutsche Benachrichtigungen an die Eltern erlassen werden, so muß ich hier bemerken, daß auch nicht eine einzige und zwar weder eine höhere noch eine niedere, weder eine königliche noch eine städtische Schulanstalt Posens in ähnlichen Fällen mit dem Elternhause in polnischer Sprache verkehrt; ja daß sogar in dem katholischen Marien-Gymnasium sämmtliche Schüler nur deutsche Zeugnisse erhalten, und daß auch sonst mit den Eltern der Schüler dieser Anstalt nur in deutscher Sprache verkehrt wird. Beweis das Programm. Bei Einführung dieser Schuleinrichtung, wie sie der von dem Beschwerdeführer beigelegte Zettel nachweist, ist die vorstehend angeführte Thatsache zum Theil für mich bestimmend gewesen, daß ich ebenfalls von dem Druck polnischer Formulare glaubte Abstand nehmen zu dürfen.

Außerdem aber sind noch andere Gründe vorhanden, welche mich veranlaßt haben, von dem Druck polnischer Formulare Abstand zu nehmen. Diese Gründe sind folgende:

a) Der Herr Oberpräsident Guenther hat in seinen Bestimmungen über die Sprache in den von Kindern polnischer Zunge besuchten Volksschulen der Provinz Posen vom 27. Oktober 1873 im § 1 ausdrücklich festgesetzt, daß in allen Lehrgegenständen, mit Ausnahme in der Religion und im Kirchengesange, die Unterrichtssprache die deutsche ist, und daß das Polnische nur in so weit zu Hilfe genommen werden darf, als es zum Verständniß der Lehrgegenstände unerläßlich ist.

Diese Bestimmung habe ich geglaubt, ganz einfach dahin interpretiren zu müssen, daß wenn die Unterrichtssprache die deutsche sein soll, so muß auch die Verkehrssprache mit den Kindern und deren Eltern die deutsche sein; denn es schien mir, daß wenn dies nicht der Fall wäre, so würde ja durch die polnische Verkehrssprache das wieder aufgehoben und verwischt, was durch die deutsche Unterrichtssprache erreicht worden ist.

b) Sämmtliche der städtischen Bürgerschule angehörigen polnischen Kinder sind in der Kenntniß der deutschen Sprache so weit vorgeschritten, daß sie die in Rede stehenden Zettel, und zwar sowohl in Druck-, als auch in Schreibschrift vollständig lesen und verstehen. Sie sind daher auch in der Lage, diese Zettel selbst ihren Eltern für den Fall, daß diese wirklich der deutschen Sprache noch nicht so weit mächtig sein sollten, vorlesen und übersetzen zu können.

c) Es wirkt an der Anstalt eine Anzahl von Lehrern und Lehrerinnen, welche der polnischen Sprache nicht in dem Grade mächtig sind, daß sie in allen Fällen diese polnischen Formulare selbständig und fehlerlos auszufüllen vermöchten. Wären nun auch polnische Formulare gedruckt worden, so hätten diese Lehrer und Lehrinnen wiederum erst Dolmetscher haben müssen, die ihnen das, was jene hineinschreiben wollten, hätten korrekt übersetzen müssen; denn wäre hier oder da ja einmal im Polnischen ein sprachlicher Fehler gemacht worden, so würde ebenso wie jetzt über den Nichtgebrauch, dann über die Verunstaltung und Verhunzung der polnischen Sprache ein gleich großer Lärm erhoben worden sein, wie dies ja thatsächlich auch schon früher geschehen ist.

Also auch aus diesem Grunde zog ich es vor, den Druck von polnischen Formularen zu unterlassen.

III. Wenn ich mich nun endlich noch über den Gesammteindruck, den die Beschwerde auf mich gemacht hat, auslassen soll, so kann ich hier nur konstatiren, daß ich dieselbe lediglich als eine seitens der sich unter preußischem Regiment stets unwohl fühlenden deutschfresserischen Polenpartei an den Haaren herbeigezogene Gelegenheit erachten kann, bei welcher diese Partei wieder einmal glaubt, über Vergewaltigung und über Nichthaltung veralteter Versprechungen, die doch durch die Einverleibung der Provinz in das deutsche Reich längst als beseitigt zu betrachten sind, Klage und Protest erheben zu müssen. Wohl in keiner der städtischen, wie der königlichen Schulanstalten Posens wird den Kindern polnischer Zunge eine größere Sorgfalt bezüglich der Herbeiführung des Verständnisses beim Unterricht durch Zuhilfenahme der polnischen Sprache gewidmet, wie dies gerade in der mir anvertrauten Anstalt geschieht.

Diese meine Bestrebungen werden sicherlich sowohl von den mir vorgesetzten Behörden, als auch von den Eltern unserer polnischen Schüler und Schülerinnen konstatirt werden müssen: denn ich habe stets, wenn ich bei der Anstellung neuer Lehrer befragt wurde, den Grundsatz zur Geltung gebracht, es sei wünschenswerth, daß möglichst alle Lehrer an unseren städtischen Elementarschulen auch der polnischen Sprache wenigstens in dem Maße mächtig seien, daß sie das Verständniß bei den polnischen Kindern vermitteln könnten. Auch in vielen anderen Beziehungen kann ich mit Recht behaupten, daß ich mich in Behandlung der polnischen Kinder stets durch das Gefühl des Rechts und der Gerechtigkeit habe leiten lassen. — Aber ich bin nun wieder um eine Erfahrung reicher geworden; ich habe einsehen gelernt, daß meine gute Absicht, den Polen durch meine gerechten Einrichtungen in der Anstalt Konzessionen machen zu wollen, von diesen als eine Schwäche meinerseits aufgefaßt worden ist, und daß sich dadurch die Anmaßung dieser Alles Deutsche hassenden Polenpartei nur ins Maßlose gesteigert hat.

Nach Vorausschickung dieser meiner Aeußerung erlaube ich mir bei Einem Hochlöblichen Magistrat ganz gehorsamst folgende Anträge zu stellen:

1. mein Verfahren, nach welchem der Schüler Vincent Janiszewski in Knabenklasse IV b wegen nicht vollzogener Unterschrift des Zettels durch den Vater einstweilen vom Besuch des Unterrichts ausgeschlossen worden ist, zu billigen;
2. die von mir getroffene Einrichtung, nach welcher die Eltern nur durch deutsche Benachrichtigungen von den über ihre Kinder ihnen zu machenden Mittheilungen in Kenntniß gesetzt werden, gut zu heißen;
3. den Beschwerdeführer Maler Janiszewski demgemäß zu bescheiden.

Die vorstehenden drei Anträge der Beschwerdebeantwortung sind von dem Magistrat in seiner Sitzung vom 9. Februar cr. genehmigt worden, denn es wurde beschlossen, den Beschwerdeführer Janiszewski folgendermaßen zu bescheiden:

Posen, den 9. Febr. 1875.

Auf Ihr Schreiben vom 3. d. M. eröffnen wir Ihnen, daß wir das Verfahren des Rektors Herrn Hecht, welcher Ihren Sohn nicht früher in die Schule wieder aufnehmen will, bis Sie nicht den anbei zurückfolgenden Zettel unterschrieben haben, im Aufsichtswege nicht reprobiren können.

Bestimmungen, welche uns das Recht geben, Herrn Rektor Hecht anzuweisen, Ihnen den Zettel in polnischer Sprache zuzustellen, giebt es nicht, und bedauern wir, Ihrer Beschwerde eine weitere Folge deshalb nicht geben zu können.

gez. Herse.

Ueber diesen Seitens des Magistrats erlassenen Bescheid können wir nur unsere Befriedigung aussprechen, denn wir sind der Meinung, daß durch das Magistratsverfahren zunächst allen ähnlichen Gelüsten unserer polnischen Bevölkerung durch unnöthiges und unbegründetes Quäruliren in der polnischen Sprachenfrage den betreffenden Kommunalbeamten absichtlich ihre Stellung zu erschweren, ein bedeutsamer Damm entgegengesetzt worden ist.

Die preußische Monachologie.

Unter dieser Ueberschrift bringt das „Neue Wiener Tagblatt" eine „Enthüllung". Dasselbe ist nämlich in die Lage versetzt, ein Rundschreiben unseres Kultusministers an die Regierungspräsidenten über die geistlichen Orden und Kongregationen in einem Auszuge mitzutheilen, der nach Form und Inhalt zwar keineswegs zu der Voraussetzung berechtigt, daß es sich hier um eine Mystifikation handele, für dessen Aechtheit aber dem „Wiener Tagblatt" die Verantwortung überlassen bleiben muß. Der Auszug ist in der Fassung nicht gerade sehr klar; dem Anschein nach handelt es sich in dem ministeriellen Schriftstück zunächst um die Frage, welche Orden und Kongregationen unter ausländischen — in Rom, Frankreich, Belgien ꝛc. residirenden Oberen stehen; darüber soll die Regierung sich wie folgt äußern:

Die Erhebungen ergaben, daß bis auf wenige Kongregationen und sogenannte Terzianer-Orden alle übrigen unter der Leitung von Ordensgenerälen in Rom, also in unmittelbarster Verbindung mit dem Vatikan stehen, von dort ihre Befehle und Weisungen erhalten. Dies berechtigt die preußische Regierung, in administrativem Wege vorzugehen, welcher der einfachere und kürzere ist und auf welchem man binnen Jahr und Tag mit fast allen Klöstern und Ordenshäusern im Königreich Preußen fertig zu werden hofft, mit Ausnahme einiger Kongregationen, welche sich mit der Krankenpflege beschäftigen und welchen fast einstimmig von allen Behörden günstige Zeugnisse ausgestellt werden. Von dem Orden der Franziskaner-Kapuziner, auch hie und da Reformaten und Observanten genannt, von welchen noch ca. 35 Niederlassungen in Preußen existiren, ebenso von den Dominikanern, ist es unzweifelhaft nachgewiesen, daß diese Orden ihre Verbindung mit ihrem Oberen in Rom — General genannt — nicht aufgegeben haben, vielmehr von diesem noch in letzterer Zeit bindende Instruktionen und Weisungen, welche dahin zielen, die Maigesetze zu umgehen, erhalten haben. Die Aufhebung und das Verbot solcher Ordensniederlassungen könnte also ohne Weiteres auf Grund der Maigesetze erfolgen, welche jede fremdländische Jurisdiktion im Gebiete des preußischen Staates verbieten. Aufgefundene Briefe, Hausdurchsuchungen und beeidete Aussagen einiger ausgetretener Ordensbrüder haben zulängliche Beweisstücke für das Vorhandensein der Jurisdiktion der römischen Ordensoberen ergeben. In zweiter Linie wird aus ähnlichen Gründen die Aufhebung der Schulbrüder, auch Brüder des heiligen Lasalle (??) (genau so heißt es in dem lithographirten Berichte und in dem amtlichen Schema des Ministeriums für geistliche und Medizinal-Angelegenheiten Seite 11, beruht trotzdem auf Irrthum und soll wohl heißen — des h. De La Salle. D. Red. des „N. W. T.") der Ursulinerinnen, Clarissen, Carmeliterinnen oder Carmelitessen, Frauen vom guten Hirten, Salesianerinnen oder Orden der Heimsuchung, Schwestern zu Unserer lieben Frau, hie und da auch Notredamen (!!) oder einfach Schulschwestern genannt, empfohlen und motivirt, und zwar, weil ebenfalls nachgewiesen ist, daß die angeführten Orden mit ihren Mütterhäusern in Frankreich (theils Angers, theils Paris) nicht gelöst haben, obgleich unmittelbar nach Inkrafttreten der Mai-Gesetze vom Jahre 1873 die betreffende Aufforderung an sie ergangen ist, was übrigens nicht einmal erforderlich gewesen wäre, da der Wortlaut des Gesetzes deutlich genug das Verbot einer fremdländischen Jurisdiktion enthält.

Anders verhält es sich mit den Schwestern oder Frauen vom guten Hirten, welche sich vorzüglich mit der Erziehung der Kinder, Besserung der Gefallenen, entlassenen Sträflinge weiblichen Geschlechts befassen. In den Erhebungen schwanken die Angaben, ob diese erst in unserem Jahrhundert gegründete Kongregation ihr Mutterhaus in Straßburg oder, wie in einigen Berichten mit Bestimmtheit behauptet wird, zu Marseille, nach anderen zu Lyon in Frankreich hat. Eine amtliche Vernehmung der königlichen Polizeibehörde von Charlottenburg mit dem katholischen Missionspfarrer und der Oberin der dortigen Niederlassung stellte den Sachverhalt nicht klar heraus, da die Aussagen abweichend dahin lauteten, die Charlottenburger Niederlassung sei nur eine Filiale des Mutterhauses in Haidhausen (München) und wieder: die Niederlassung in Charlottenburg — man vermied absichtlich das Wort Kloster und bezeichnete diese als Rettungsanstalt für verwahrloste Kinder weiblichen Geschlechts — unterstehe ausschließlich der geistlichen Jurisdiktion des bischöflichen Delegaten bei St. Hedwig in Berlin, Probst Herzog. Letzterer wurde hierüber nicht vernommen. Eine Anfrage an die königlich bairische Regierung ergab ebenfalls nicht das erwünschte Resultat. Der Kongregation wird das günstigste Zeugniß von der bewußten Regierung über ihr Verhalten ausgestellt. Es sei noch keine erhebliche Klage von irgend einer Seite gegen sie bekannt geworden. Da jedoch die Oberin des Hauses

ausdrücklich als Provinzial Oberin angeführt ist, obgleich das Kloster in Haidhausen als Mutterhaus bezeichnet wurde, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß eine Generaloberin der Kongregation bestehen muß, als welche die Oberin des Hauses in Straßburg nach der in dem Bericht des Regierungs-Präsidiums für Elsaß dargelegten Anschauung nicht betrachtet werden kann. — Es liegen ferner konfidentielle Berichte über die Verbreitung und Thätigkeit der „guten Hirtinnen" in Oesterreich vor . . . Die k. k. österreichische Regierung würde, da die „guten Hirtinnen" in Staatsanstalten (Zwangs-, Zucht- und Detentionshäusern) im Auftrage der Staatsbehörde als deren Organe thätig sind, in der Lage sein, Näheres über die Dependenz dieser Kongregation und den Sitz des Generalates mitzutheilen; dennoch wurde eine Anregung des Ministeriums für geistliche, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten vom Ministerpräsidium abgelehnt, da bei den Beziehungen des österreichischen Ministeriums zu den kirchlichen Organen und nach den bisher gemachten Erfahrungen eine den diesseitigen Wünschen völlig entsprechende Antwort nicht zu erwarten sei. — Die Karmelitessen oder Karmeliterinnen gehören nicht in die obige Kategorie. Es ist vielmehr nachgewiesen, daß der weibliche Orden der Karmeliten dem General des Karmeliter-Ordens in Rom untersteht. Dagegen geht aus Vernehmungen von Karmelitessen in Posen und Köln hervor, daß die drei Niederlassungen dieses Ordens in Preußen dem Karmeliter-Ordens-Provinzial in Würzburg unterstehen, mithin einem deutschen Bundesangehörigen und die fremdländische Jurisdiktion auf diesen im Ganzen nur 44 Mitglieder in Preußen zählenden Orden nicht zutrifft. Da die Karmelitessen keine Wirksamkeit nach außen haben, sondern sich ausschließlich mit Askese, Betrachtung und Handarbeit beschäftigen, so kann gegen dieselben mit einiger Schonung vorgegangen werden, doch werden jedenfalls die fremdländischen Mitglieder zu entefrnen, ihnen eine etwa dreiwöchentliche Frist zum freiwilligen Verlassen des preußischen Staatsgebietes zu geben sein und soll der Verkehr mit nicht ansässigen Geistlichen sorgfältig überwacht werden. (Seither ist auch die Ausweisung der Karmelitessen in Posen, welche theils dem russischen, theils dem österreichischen Staatsverbande angehörten, nach bewilligtem mehrwöchentlichen Aufschub erfolgt.) Ungenügend sind die bisher eingelaufenen Berichte über die sogenannten Rekollektinnen, welche 7 Niederlassungen mit ca. 45 Mitgliedern und 21 Novizinnen und Laienschwestern in Preußen haben, ebenso über die unter der Bezeichnnng „Zu unserer lieben Frau" angeführte weibliche Kongregation, welche 31 Niederlassungen mit 250 Schwestern hat. Man dürfte es hier mit einer Zweigbildung der sogenannten „armen Schulschwestern de Notre Dame" zu thun haben, welche der regulirte Chorherr Petrus Fourier aus Mirecourt in Frankreich um das Jahr 1600 gegründet hat. Uebrigens werden in dem Schema außer diesen Schwestern „zu unserer lieben Frau" ausdrücklich Schulschwestern und zwar mit nicht weniger als 63 Niederlassungen und ca. 390 Schwestern aufgeführt, wovon freilich in Folge des Erlasses des Ministeriums für Unterricht, geistlichen und Medizinal-Angelegenheiten vom 15. Januar 1872 seit zwei Jahren mehr als die Hälfte den Unterricht aufgeben mußte und nach eingegangenen Berichten schon Anfangs 1874 31 Niederlassungen aufgelöst, oder in der (freiwilligen) Auflösung begriffen waren. Wie aus den Berichten der k. Regierungen der Provinzen Posen und Schlesien ersichtlich ist, haben die Mehrzahl der Schwestern Pässe nach England und Amerika verlangt und erhalten.

Die Erfahrungen des Ministeriums lassen das Wirken der Orden der Franziskaner und Kapuziner als gemeinschädlich erscheinen und ganz besonders werden die Kapuziner und Franziskaner übereinstimmend in den Relationen der königlichen Behörden als die Orden bezeichnet, deren Thätigkeit nach den jesuitenverwandten Orden und besonders seit deren Entfernung sich als die gefährlichste gezeigt habe. Bei dem großen Anhange, welche diese beiden Orden in den unteren Volksklassen haben, sei ihre Thätigkeit um so schädlicher, als sie durch ihre, der behördlichen Kontrole sich ganz und gar entziehenden sogenannten „Dritten Orden" (Tertianer und Tertianerinnen) tief in das Volksleben, in die Familie eingreifen und die Auflehnung gegen die neuen Gesetze und die Regierungsbehörden verallgemeinern und verschärfen. Wie aus Berichten aus Fulda, aus Düsseldorf und namentlich aus der Provinz Posen hervorgeht, haben die Franziskaner- und Reformaten- (Kapuziner-) Mönche dort nach Entfernung der Jesuiten und der verwandten Orden die Leitung der kirchlichen Vereine und Bruderschaften übernommen und sich insbesondere die Verbreitung der von allen Behörden als höchst gefährlich bezeichneten Herz-Maria-Bruderschaften und des Gebets-Apostolats-Vereines zur Aufgabe gemacht, auf welch letzteren das Ministerium bereits wiederholt die Aufmerksamkeit der Behörden gelenkt haben.

Weiter berichtet das „N. W. Tgbl.", ein in dem Rundschreiben erwähnter Erlaß des Unterrichtsministeriums an die Regierungen, in welchem besonders bemerkt wird, daß er den Landräthen auszugsweise zur Informirung mitzutheilen und geheim zu halten ist, ordne nochmals statistische Erhebungen über die Beschäftigung von Ordensmitgliedern an Privatschulen, deren sorgfältige Ueberwachung zeitweilige Berichterstattung über die gemachten Wahrnehmungen an; das Unterrichtsministerium verordne, daß, wo nicht das Bedürfniß nachgewiesen werden kann, neben den öffentlichen Volksschulen Privatschulen zu errichten, die Bewilligung, besonders wenn es sich um solche handelt, welche der Leitung von geistlichen Ordensschwestern anvertraut werden sollen, unbedingt versagt werden soll. Das Unterrichtsministerium drücke die Hoffnung und Erwartung aus, daß durch Erweiterung der öffentlichen Volksschulen und thunlichst bald und schnell zu bewerkstelligenden Gewinn von weltlichen Lehrkräften die (geistlichen?) Privatschulen und Pensionate mindestens bis Ende 1875 vollständig beseitigt werden können. Das Unterrichtsministerium theile den Regierungspräsidenten, um keinen Zweifel an seinen Absichten aufkommen zu lassen, mit der Klostererziehung und Schwesterwirthschaft vollständig und möglichst schnell aufzuräumen, mit, daß in den Vorberathungen des Unterrichtsgesetzes das Prinzip angenommen wurde, daß Mitglieder geistlicher Orden und Kongregationen in Preußen in keiner öffentlichen oder Privatschule zugelassen werden. — Von besonderem Interesse ist folgender Passus in dem Berichte des „N. W. Tgbl.":

„Das Ministerium ist noch nicht schlüssig geworden, ob es überhaupt durch ein sogenanntes Klostergesetz, obwohl ein solches in seinen Grundzügen entworfen ist, oder dem Nothstande im administrativen Wege abhelfen soll. Von einer Zuweisung an den Bundesrath sei nach den bestimmten Erklärungen der bairischen Bundesbevollmächtigten bei den Berathungen zur Ausführung des Jesuitengesetzes (?) Verschleppung zu befürchten. Auch der Herr Ministerpräsident und Reichskanzler ziehe es vor, die Klosterfrage im Wege der Landesgesetzgebung oder der Administration zu regeln, da die Berücksichtigung bairischer Verhältnisse und Reservate manche wesentliche Bestimmungen des Gesetzes abschwächen möchte, wodurch auch die preußische Regierung in den als dringend und unaufschiebbar erkannten Maßregeln gegen gewisse geistliche Orden und Kongregationen beschränkt und gehindert werden dürfte."

Nachdem in den Angriffen gegen die deutsche Politik und deren hauptsächliche Träger eine Zeit lang Pause geherrscht hat, schreibt die „Nat. Ztg." geht der Lärm wieder auf der ganzen Linie von neuem los. Beinahe gleichzeitig mit der Schrift des erzherzoglichen Pamphletisten in Oesterreich erfolgt das Erscheinen einer Schmähschrift gegen Deutschland und den Fürsten Bismarck in Paris, welche dem in seiner Kriegspolitik verunglückten Herzog Gramont zugeschrieben wird. Das Werk, welches den Titel „Vergangenheit und Gegenwart" trägt, wiederholt die bekannten Verleumdungen und Entstellungen Lamarmora's und der Ultramontanen mit einigen neuen Ausschmückungen versehen Daran schließt sich dann der Versuch eines Beweises, daß Deutschland einen neuen Krieg gegen Frankreich plane. Das wäre im Zusammenhang mit jener österreichischen Auslassung binnen acht Tagen das zweite Kriegstheater für Deutschland eröffnet wird. Daran schließt sich als drittes im Bunde die Veröffentlichung der „Epoca", eines obskuren italienischen Blattes, das als radikal bezeichnet wird und einen Briefwechsel zwischen Mazzini und Bismarck ankündigte. Nachdem die Existenz eines solchen Briefwechsels offiziell dementirt worden ist, kündigt dasselbe italienische Blatt nun einen Briefwechsel zwischen Mazzini und Graf Usedom an; die Briefe selbst werden durch den geschickten Wechsel in der Bezeichnung der Korrespondenten wohl an Glaubwürdigkeit nicht gewonnen haben. Irgend eine politische Wichtigkeit ist diesen publizistischen Erzeugnissen eines zur Zeit ohnmächtigen Hasses nicht beizuschreiben, meint das berliner Blatt, und es hat darin Recht, denn die Lügen von allen Seiten heben einander gegenseitig auf. Der jesuitische Generalstab in Rom sollte etwas mehr Einheitlichkeit in dieses Lügensystem bringen.

Die „Nordd. Allg. Z." schreibt: Es scheint allgemein und auch in Oesterreich angenommen zu werden, daß die mehrfach erwähnte militärisch-politische Broschüre mit Recht dem Erzherzog Johann Nepomuk*) zugeschrieben ist. Wir hegten einige Zweifel daran, zunächst im Hinblick auf die Disziplin der Armee, welche jedoch inzwischen eine Genugthuung erhalten haben soll; (der Erzherzog ist bekanntlich zu Haus-Arrest verurtheilt und in ein Infanterie-Regiment versetzt worden. — Die Red.) dann aber mit Rücksicht auf das sehr jugendliche Alter des Prinzen. Mit 22 Jahren ist doch auch das geringe Maß von Reife politischen Urtheils, welche die Schrift verräth, nicht vorhanden. Nun ist es, wie wir hören, nicht der erste publizistische Versuch, welcher von dem Prinzen ausgeht oder unter seinem Namen gemacht ist; ein Angriff auf einen militärischen Vorgesetzten (Grafen N) habe die Versetzung nach Temeswar zur Folge gehabt. Doch wird in beiden Fällen die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sein, daß die schriftstellerische Thätigkeit durch fremde Hülfe eines erfahrenen Mannes zu Stande gekommen ist.

Deutschland.

Berlin, 10 Februar.

— Der „Staatsanz." schreibt: „Die von mehreren Zeitungen gebrachte Notiz, daß Ihre Majestät die Kaiserin-Königin das goldene Kreuz an Dienstboten für langjährige ununterbrochen treu geleisteten Dienste nach 35 Jahren zu verleihen geruhen, beruht auf einem Mißverständniß, da der Natur der Sache nach nicht in allen Provinzen der Monarchie dieselben Verhältnisse maßgebend sind."

— Der „Reichs-Anzeiger" publizirt das Gesetz über die Beurkundung des Pesonenstandes und die Eheschließung vom 6. Februar 1875.

— Der Bundesrath hielt heute Nachmittag 2 Uhr im Reichskanzleramt eine Plenarsitzung unter dem Vorsitz des Staatsministers Delbrück. Darin erfolgte u. A. die Abstimmung und Annahme des vom Reichstage beschlossenen Bankgesetzentwurfes.

— Nach einer Weisung des General-Postdirektors und interimistischen General-Telegraphendirektors Stephan wird, wie die „Volks-Zeitung" hört, in den nächsten Tagen zwischen der hiesigen Ober-Postdirektion und der hiesigen Telegraphen-Direktion eine Besprechung stattfinden, in welcher Weise schnellstens eine Vereinigung der hier bestehenden Telegraphen-Stationen mit den ihnen zunächst gelegenen Post-Expeditionen herbeigeführt werden kann und in wieweit überhaupt eine Vermehrung der Telegraphen-Stationen in Anschluß an die bestehenden Post-Expeditionen durch eine zweckdienliche Vertheilung des disponiblen Personals angänglich ist. Neuerdings sind wieder 10 weibliche Personen als Telegraphen-Gehülfinnen angestellt worden, und zwar 5 im Direktionsbezirk Karlsruhe, 2 in dem von Frankfurt a. M., 1 zu Straßburg und 2 zu Breslau.

— Auf der zu Pfingsten vorigen Jahres in Breslau stattgehabten deutschen Lehrer-Versammlung wurde Augsburg als diesjähriger Zusammenkunftsort in Aussicht genommen. Da aber Augsburg wegen Mangel eines geeigneten Lokales aufgegeben werden mußte, so hat das ständige Komite mit den Städten Nürnberg. Frankfurt a. M und Darmstadt dieserhalb Verhandlungen angeknüpft, und ist nun Darmstadt definitiv als Ort der zu Pfingsten dieses Jahres stattfindenden 22. allgemeinen deutschen Lehrerversammlung bestimmt worden. — Bekanntlich hat das preußische Kultusministerium auch für die höheren Schulen, mit kürzerer Kursusdauer, als Gymnasium und Realschule, einen Normaletat aufgestellt, der ein Durchschnittsgehalt von 950 Thlr. für die wissenschaftlich gebildeten pro facultate docendi gegrüften Lehrer mit Einrechnung des Rektors festsetzt, während an Gymnasien, Realschulen 1. Ordnung, Gewerbeschulen der Durchschnittssatz ausschließlich des Direktorengehalts 1050 Thlr. beträgt. In Uebereinstimmung mit den diesen Bestimmungen zu Grunde liegenden Anschauungen stellt eine Verfügung des Kultusministeriums vom 10. September 1874 die Rektoren der Progymnasien, Realschulen 2. Ordnung und der höheren Bürgerschulen bezüglich der Diäten und Reisekosten den Oberlehrern an Gymnasien und Realschulen gleich. Der Ausschuß der deutschen Realschulmänner-Versammlung erblickt in diesen Bestimmungen eine empfindliche Schädigung des höheren Schulwesens in Preußen und einen Hemmschuh der freien Entwickelung desselben und beantragt in einer an das preußische Abgeordnetenhaus gerichteten Petition, dahin wirken zu wollen, daß die pro facultate docendi geprüften und definitiv angestellten Lehrer sämmtlicher vom Staate anerkannten höheren Schulen rücksichtlich der Bezüge gleichgestellt werden und insbesondere der Normaletat mit einem Durchschnittsgehalte von 1050 Thlr. für jeden Lehrer bei allen staatlich anerkannten höheren Schulen durchgeführt werde, indem er die thatsächlichen Verhältnisse und mit ziemlicher Sicherheit vorauszusehenden Folgen der Durchführung jener Bestimmungen zur Begründung des Gesuches anführt.

— Nach einem Spezialerlaß des Ministers der geistlichen ꝛc. Angelegenheiten vom 21. Dezember v. J. ist das Amt eines Religionslehrers an einer öffentlichen Schule weder ein geistliches Amt, noch ein Amt in einer der christlichen Kirchen, sondern ein Staatsamt, sei es ein unmitttelbares, sei es ein mittelbares. Ebensowenig ist die Ertheilung des Religionsunterrichts in den öffentlichen Schulen als ein Ausfluß des geistlichen Amts aufzufassen, denn die Berechtigung zur Ertheilung des Religionsunterrichts entspringt lediglich aus der Uebertragung des Amts Seitens des Staats. In letzterer Beziehung verweist der Minister auf das Erkenntniß des Königlichen Ober-Tribunals vom 12. Oktober v. J., in welchem dargethan ist, daß die Ertheilung des Religionsunterrichts in den öffentlichen Schulen sich als Ausfluß eines staatlichen Auftrags und damit eines öffentlichen Amtes im Sinne des § 132 des R.-St.-G.-B. darstellt. Hierdurch ist die Anwendbarkeit sowohl des Gesetzes vom 11. Mai v. J. als auch des Ergänzungsgesetzes vom 21. Mai d. J. auf die Religionslehrer an den öffentlichen Schulen ausgeschlossen.

— Nach Zeitungsmittheilungen soll bei der Regierung die Absicht vorliegen, die Bahn Berlin-Wetzlar vorläufig nicht zu bauen, weil angeblich die zu überwindenden Schwierigkeiten zu große seien und die veranschlagte Kostensumme weit überschritten werden müsse. Die Nachricht ist, wie der „St.-Anz." nach eingezogenen Informationen zu erklären in der Lage ist, in jeder Beziehung unbegründet.

— Wenn Jemand eine anderwärts erfahrene unerweisliche Thatsache, welche einen Anderen verächtlich zu machen, oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeignet ist, ohne positiv eigene Versicherung deren Wahrheit weitergetragen hat, so schließt nach einem Erkenntniß des Obertribunals vom 20. Januar cr. diese Form der Verbreitung an sich die Strafbarkeit des Verbreiters wegen Beleidigung auf Grund der §§ 185 und 186 des Strafgesetzbuches nicht aus.

*) Von den 14 Vornamen, welche der Prinz führt, ist am wenigsten bezeichnend „Salvator", da, wie die Mitglieder Familie Reuß sämmtlich Heinriche sind, jeder Prinz seines Hauses „Salvator" heißt.

— Die „Post" bestreitet die Mittheilung, daß der Reichskanzler demnächst mit seinen Bureau's in das Radziwill'sche Palais übersiedeln werde und daß das Wilhelmstraße 76 belegene Haus, in welchem Fürst Bismarck zur Zeit bekanntlich eine Dienstwohnung inne hat, alsdann gänzlich niedergerissen und in Neubau aufgeführt werweden solle.

Glogau, 7. Februar. Betreffend die Erweiterung der Festung resp. der Stadt Glogau sind dem „Niederschl. Anzeiger" Nachrichten zugegangen, aus denen deutlich zu entnehmen ist, daß das in Glogau in Umlauf gesetzte Gerücht, es stände eine bedeutendere Erweiterung der Stadt, als früher beabsichtigt war, in Aussicht, völlig hinfällig ist. Unser Abg. Dr. Braun, war in Folge jenes Gerüchtes angegangen worden, im Kriegsministerium Erkundigungen einziehen und bei dem Herrn Kriegsminister wirken zu wollen, daß die Erweiterung der Festung sobald als möglich erfolge. Herr Dr. Braun ist dem Ersuchen sofort nachgekommen und hat in dieser Angelegenheit mit dem Herrn Kriegsminister konferirt. Aus seinem Schreiben vom 2. Februar geht hervor, daß von einer Erweiterung der Festung nach der Rüstervorstadt seit Jahr und Tag nicht mehr die Rede war; die bevorstehende Verlegung des Breslauer Thores und die Anlage eines neuen Walles von der Bastion Engel nach dem Stern-Fort ist von dee Reichsvertheidigungs-Kommission beschlossen und vom Reichstage genehmigt, auch sind von letzterem die erforderlichen Gelder bewilligt worden. An dem Plane, wie er im Reichstage vorgelegen, ist resp. wird nur Unwesentliches geändert. Die speziellen Pläne sind beinahe vollendet, die Arbeiten werden in Angriff genommen, sobald Arbeitskräfte bei einer der anderen Festungen disponibel werden; letzteres glaubt der Herr Kriegsminister v. Kameke bald bewerkstelligen zu können. Soweit Herr Dr. Braun. — Am Donnerstag in der Magistratssitzung wurde Herr Oberbürgermeister Martins von Herrn Stadtrath Kühn-Schuhmann ersucht, Erkundigungen einziehen zu wollen, ob das Gerücht, die Erweiterung der Stadt sei eine bedeutendere als früher bestimmt war, begründet sei. Herr Oberbürgermeister Martins theilte den Herrn Stadträthen mit, daß er, alsbald er von dem Gerüchte Kenntniß erhalten, sofort mit dem Ingenieur vom Platze, Herrn Oberst-Lieutenant Bayer, Rücksprache genommen und von diesem die Versicherung erhalten habe, daß die Erweiterung der Stadt resp. der Festung nur in dem Umfange erfolgen werde, wie dies früher festgestellt worden sei, und daß die nothwendig gewordenen Veränderungen des Planes auf die Erweiterung der Stadt von fast gar keinem Einflusse sein werden.

Frankreich.

Die neulich besprochene Niederlage des bonapartistischen Kandidaten bei der Ersatzwahl im Departement Seine-et-Oise (Versailles) giebt einem pariser Korrespondenten der „National-Ztg." Anlaß zu nachfolgenden Darlegungen.

Die Bonapartisten haben — so schreibt der Berichterstatter der genannten Zeitung aus Paris vom 8. Febr. — gestern zwei Niederlagen erlitten, von denen die eine besonders empfindlich ist. Im Departement Seine-et-Oise (Versailles) ist der kaiserliche Kandidat Arrighi de Casanova, Herzog von Padua, zum zweiten Male einem Republikaner unterlegen; im Oktober 1874 wurde der Exminister des Kaiserreiches von dem Exminister der Republik-Sénard besiegt und gestern schlug ihn mit einer Majorität von beinahe 15,000 Stimmen Herr Valentin, ehem. Unterlieutenant, zuletzt Präfekt Gambetta's in Straßburg und Lyon, elsässischer Patriot und Schützling des Herrn Thiers. Die Bonapartisten glaubten sich diesmal des Erfolges durchaus sicher, da der republikanische Kandidat im Wahlbezirke kaum dem Namen nach bekannt war. Aber das republikanische Komite entfaltete eine ganz außerordentliche Thätigkeit, um Herrn Valentin während der kurzen Wahlperiode populär zu machen, und Wort, Schrift und Bild wurden dazu verwendet. Während der Herzog von Padua das Porträt des kaiserlichen Prinzen allen Wählern übersandte, vertheilten die Republikaner in Tausenden von Exemplaren eine Biographie ihres Kandidaten, die mit „wunderschönen" Holzschnitten ausgestattet war. Da sah man, wie Gambetta Herrn Valentin am 6. September 1870 seine Ernennung zum Präfekten von Straßburg überreicht, wie der heldenmüthige Präfekt sich durch die preußischen Linien schleicht, die Festungsgräben durchschwimmt, wie die Preußen und Franzosen ihn mit einem Hagel von Kugeln überschütten, wie er glücklich in Straßburg anlangt und die Bürger und Soldaten zum ferneren Widerstande anfeuert u. s. w. Der Text zu diesen Abbildungen war von dem intimen Freunde des Kandidaten, Herrn Seinguerlett verfaßt, der es prächtig verstanden hatte, den populären Ton zu treffen. Diese Biographie wurde auch in den Wahlversammlungen verlesen und dann noch von den Rednern kommentirt und ausgeschmückt. Die republikanischen Deputirten des Departements, Herr Barthélemy Saint-Hilaire an der Spitze, betheiligten sich eifrigst an der Propaganda zu Gunsten des Herrn Valentin, der selbst täglich an verschiedenen Orten Versammlungen abhielt und während der kurzen Wahlperiode nicht weniger als 60 Reden gehalten haben soll. Zudem verfügte das republikanische Komite ausnahmsweise über genügende Geldmittel, da auch die „Komites" von Straßburg, Mülhausen u. s. w. beträchtliche Summen übersandt hatten, um zu der Wahl des „Landsmannes" mitzuwirken. So ist die Wahl des Herrn Valentin durch den Eifer und die Thätigkeit des Kandidaten und seiner Freunde zu Stande gekommen und, wie der „Rappel" sagt, „die Schande einer neuen bonapartistischen Wahl ist Frankreich erspart worden."

Italien.

Aus **Rom**, 4. Febr., schreibt ein Korrespondent der „Köln. Ztg.": Für den Vatikan ist heute ein denkwürdiger Tag gewesen: die Gefangenschaft ist zu Ende! Der Papst ist, nachdem er gegen Mittag die Pfarrer Roms in Audienz empfangen hatte, zum ersten Mal seit dem 20. September 1870 wieder in die St. Peterskirche hinabgestiegen, freilich nicht ohne die überflüssige Zeremonie, daß eine Stunde vorher das Publikum aus der Kirche entfernt und die Thüren derselben geschlossen worden waren. Eine Anzahl Kardinäle und Prälaten begleiteten den Papst. In der Kirche empfing ihn das Kapitel von St Peter, an seiner Spitze der Erzpriester der Basilica, Kardinal Borromeo. Nachdem er dem Grabe der Apostel seine Verehrung bezeigt hatte, besichtigte er die neuen Arbeiten, mit besonderem Interesse sein eigenes in Mosaik ausgeführtes Portrait, welches zum Andenken an sein Jubiläum an einem der Pilaster angebracht worden ist. Ohne Stütze stieg Pio Nono dann die lange Treppenreihe zu seinem Palaste wieder hinauf — ein Zeichen, daß er sich körperlich sehr wohl fühlt. — Die Verleihung des Exequaturs an den Erzbischof Cecconi von Florenz, auf welche die Garantieengesetzler sich etwas zu Gute thun, ist doch nichts weiter als die gewöhnliche Komödie gewesen. Eifrige Freunde haben die Vorlegung seiner Berufungsbulle — nicht etwa an den Justizminister, sondern an den Bürgermeister von Florenz — vermittelt, und als die Mittheilung dann von diesem an die höhere Stelle weiter gegangen ist, hat der Erzbischof nur erklärt, er habe nichts dagegen, wenn ihm das Exequatur ertheilt werde.

Großbritannien und Irland.

Die mißlichen Zustände im englischen Heere sind bekanntlich schon seit längerer Zeit Gegenstand aller Arten von Interpellationen

und Verhandlungen in parlamentarischen und amtlichen Kreisen Londons. Kürzlich haben wiederum eine Anzahl kritischer Militärbehörden eine Vorstellung an das Kriegsamt gerichtet, welche den jetzigen Zustand der Armee als unerträglich und bei Beibehaltung des Cardwell'schen Systems als unverbesserlich schildert. Unter der „sehr hohen militärischen Behörde" wird man wohl die Horse Guards und deren hohen Chef verstehen dürfen. Die „Vorstellung" beruft sich auf die dürftige Rekrutirung und führt an, daß die Gardebrigade allein zur Zeit 400 Mann, die Artillerie aber 2000 Mann unter der gehörigen Friedensstärke ist. Daß die Werbesergeanten oft halbwachsene Jungen anzunehmen gezwungen sind, ist ja überdies hinlänglich bekannt. In ihrem jetzigen Zustande bildet die Armee — der Vorstellung zufolge — eine recht anständige „heimische Polizeimacht". Für solche ist sie indessen zu theuer, und mehr kann sie nicht viel mit Gewißheit leisten. Die Unterzeichner der „Vorstellung" legen dem Kriegsamte die Abhülfe gegen den Mißstand dringend ans Herz. Sie bezeichnen einen Systemwechsel als unumgänglich und lassen einen Wink über mehr oder weniger modifizirte allgemeine Wehrpflicht fallen."

Rußland und Polen.

Petersburg, 4. Februar. Seit vergangenem Freitag, dem 29. Januar, tagt hier in der bescheidenen Form eines Komitee's eine Versammlung von 40 Personen, die als Anfang einer ständischen Repräsentativlegislative für soziale, merkantile und ökonomische Fragen angesehen werden kann, insofern auch künftig Fragen dieser Art in derselben Weise vorberathen werden sollen. Es ist dies die Kommission zur Berathung der Gesetzprojekte über Regelung der Verhältnisse des Gesindes und des Arbeiterstandes. Ueber die Zusammensetzung und Berathungen derselben schreibt man der „A. Z." folgendes:

Die Kommission besteht aus dem vorsitzenden Domänenminister, Staatssekretär Walujew, dem Vice-Vorsitzenden, Staatssekretär Fürst Lieven, aus 8 Ministerialbeamten, 11 Gouvernementsadelsmarschällen, 11 Präsidenten von Gouvernementslandämtern, den beiden Stadthäuptern (Oberbürgermeistern) von Petersburg und Moskau und 6 vom Finanzminister ausgewählten Fabrikanten und Kaufleuten. Am Freitag fand die erste, am Dienstag die zweite Sitzung statt. Die Mitglieder der Kommission setzten aber gleich nach Schluß der ersten Sitzung ihre Berathung als Privatkomitee fort, indem sie zur Erleichterung der Hauptverhandlungen diese Privatberathungen bis zum Schlusse der Arbeiten fortzusetzen beschlossen, und den Adelsmarschall von Petersburg, Grafen Schuwalow, zum Präsidenten der Privatkommissionssitzungen erwählten. Bei Gelegenheit dieser Vorberathung wurde bereits die Thatsache konstatirt, daß die Anzahl der Personen um deren Wohl und Wehe es sich bei den gegenwärtigen Arbeiten handelt, d. h. des Gesindes und des Arbeiterstandes, sich auf die beträchtliche Zahl von 15 Millionen Köpfen beläuft. Wäre nicht schon die Repräsentativform, in welcher zum erstenmal derartige Berathungen für die Gesetzgebung gepflogen werden in hohem Maße beachtenswerth, so mußte es der materielle Inhalt des zu berathenden Gegenstandes sein. Es handelt sich dießmal nicht um eine Leibeigenen-Emanzipation, aber immer um etwas dem ähnliches, um die Feststellung der Rechte u. Pflichten einer verhältnißmäßig sehr bedeutenden und nächst der Zahl der Bauern zahlreichsten Klasse der Bevölkerung. Bisher existirten über Dienstboten und Arbeiter gar keine Gesetze. Nicht daß beide rechtlos gewesen wären, wohl aber beruhte alles auf einem ziemlich vagen und dissoluten Herkommen und, wo dieses nicht Antwort gab, auf der Willkür polizeilicher Maßregeln. Die Polizei und die Gerichte meinten es im allgemeinen auch recht gut mit den Arbeitern und Dienstboten. Dieselben wurden sogar oft genug widerrechtlich gegen ihre Herrschaft geschützt, und besonders waren es die Friedensrichter, die aus übelverstandener Humanität in Streitigkeiten zwischen Herrschaft und Gesinde sich fast regelmäßig auf die Seite des letzteren schlugen. Die Polizei sorgte ihrerseits für das äußere Wohl der Fabrikarbeiter. Jede Fabrik mußte ihren Fabrikarzt haben, der die Arbeiter unentgeltlich behandelte, und Inspektoren sorgten für die sanitäre Beschaffenheit der Arbeiterquartiere. Trotz alledem schwebten die Verhältnisse des arbeitenden und dienenden Standes in der Luft, und beide Theile, Brodherr und Arbeiter oder Dienstbote, kamen dabei gleich schlecht weg. Arbeiter- und Dienstboten-Verträge existirten nicht, und das Verhältniß war ein völlig loses, jederzeit lösbares. Diesen Zuständen soll jetzt ein Ende gemacht werden. — Die Vorlagen der neuen Arbeiter- und Gesinde-Ordnung liegen mir ihrem Wortlaute nach vor. Sie erinnern im allgemeinen an die preußische Gesinde-Ordnung vom 8. Nov. 1810, nur daß sie (in Bezug auf das Paßwesen und die Neigung des gemeinen Russen zum Trunk und zur Unordnung) russischen Verhältnissen und in Bezug auf das seit Anfang des zweiten Dezenniums unseres Jahrhunderts mehr und mehr entwickelte, und nachgerade auch in Rußland kultivirte Fabrikwesen den Erfordernissen der Zeit angepaßt sind. Die Vorlagen, insoweit sie die dienenden Personen betreffen, beziehen sich nicht auf Verwalter und Hausoffizianten; soweit sie den Arbeiterstand betreffen, schließen sie dagegen nicht bloß Landarbeiter, Regierungs- und Bauarbeiter, Fabrik-, Industrie- und Gewerbsarbeiter, sondern auch Droschkenkutscher, Fuhrleute, Waarenträger und Ausrufer, Kärrner, Flußschiffsmannschaften und sogar Lootsen, Flußsteuermänner u. dgl., Schiffskapitäne ein. Den Minderjährigen ist sowohl beim Kontraktschluß als auch bei der Art ihrer Arbeiten eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Kinder vom zehnten Jahr ab dürfen nur für Handwerke und zur Landwirthschaft als Arbeiter angenommen, aber auch in letzterer nicht über ihre Kräfte angestrengt werden. Vom zwölften Jahr ab können sie zwar als Dienstboten und Arbeiter verwendet werden in dem landwirthschaftlichen Maschinenwesen, aber vor dem überschrittenen fünfzehnten Lebensjahr nicht ohne Aufsicht Aelterer thätig sein. Auch die Zahl der Arbeitsstunden ist streng bestimmt. Kinder von zwölf bis vierzehn Jahren sollen nicht täglich über acht und nächtlich über vier Stunden, von vierzehn bis siebenzehn Jahren aber nicht täglich über zehn oder nächtlich über vier Stunden beschäftigt werden. In Schankstätten dürfen überhaupt Kinder nicht in Arbeit oder Dienst irgendwelcher Art angenommen werden. Auch für den Unterricht der Kinder von Fabrikarbeitern ist gesorgt, und der Finanzminister soll die nöthigen Vorlagen für diese Zwecke und für das leibliche und geistige Wohl der Arbeiterkinder ausarbeiten. Endlich ist auch dafür gesorgt, daß in Fabriken, wo Speise-Anstalten, Bäckereien und Badestuben nicht in der Nähe, vom Fabrikanten selbst dergleichen den Arbeitern zur Verfügung gehalten werden sollen. Auf alle Einzelheiten einzugehen verbietet der Raum. Wenn etwas an den Vorlagen zu tadeln, so ist es der Vorwurf, daß sie zu kasuistisch gehalten sind, namentlich was die Auflösung des Dienst- oder Arbeitskontrakts außer der Zeit anbelangt.

Vom Landtage.

10. Sitzung des Abgeordnetenhauses. (Schluß).

Berlin, 10. Februar. Nachdem im Fortgang der Berathung der Provinzialordnung sich der Abg. v. Gerlach gegen die Vorlage erklärt hatte, erhielt das Wort der Abg. v. Sybel: Die Provinzial-Ordnung soll die Centralbehörden entlasten und damit wird auch der in letzter Zeit vielfach gehörten Klage ein Ende gemacht werden über die allzugroße und schnelle Gesetzmacherei; denn es ist in der That für den tüchtigsten und genialsten Kopf unmöglich, bei dieser Masse gesetzgeberischen Arbeiten Ueberblick und Arbeitslust zu behalten; deshalb tragen auch unsere Gesetze manchmal den Stempel einer gewissen Raschheit, noch häufiger aber den eines gewissen Ressort-Patriotismus. Es müßte eine kollegiale Behörde konstituirt werden, die ausschließlich mit der Ausarbeitung der Gesetzentwürfe beauftragt wäre; wenn diese Einrichtung ihre vollen Früchte tragen sollte, müßte aber ein in der That dirigirender Präsident des Ministeriums stehen, damit eine in Wahrheit einheitliche Spitze vorhanden ist, die dem Parlament gegenüber verantwortlich ist. In früheren Zeiten während der absoluten Monarchie war der König diese verantwortliche einheitliche Spitze; seit dem Eintreten in die konstitutionelle Verfassung fehlt diese Spitze, und seitdem Preußen an die Spitze der europäischen Staaten getreten ist, ist diese einheitliche Spitze auch für seine äußere Sicherheit unerläßlich. Was nun die Provinzen betrifft, so kann ich mich zu irgend einer Anschauung von ehrwürdigen überlieferten historisch-politischen Individualitäten nicht aufschwingen; alle unsere Provinzen, Schlesien vielleicht ausgenommen, sind erst Schöpfungen des neueren diplomatischen Geist, oft sogar abgegrenzt mit Verleugnung und Beseitigung aller historisch überlieferten Eigenthümlichkeiten. So haben wir z. B. in der Rheinprovinz nicht blos ein Aggregat von kurpfälzischen, kurkölnischen und kurtrierschen Territorien, von Reichsstädten und halbimmediaten Städten; wir haben sogar auf der andern Seite nach den lokalen Bedürfnissen und Beschäftigungen der Einwohner eine höchst erkennbare Doppeltheilung: einen industriellen Norden und einen ganz und gar agrikolen, von der Industrie fast gänzlich entblößten Süden mit einer so geringen Gemeinschaft der Interessen, daß der Verkehr gar nicht schwieriger sein könnte, wenn die Pyrenäen dazwischen lägen (Abg. Franssen: Der Waarenverkehr ist sehr bedeutend). Es gehen auch über die Pyrenäen manche schätzbare Waaren, wie wir das in letzter Zeit vielfach gesehen haben. Es wäre aber zu wünschen, daß wir unsere Provinzen zu politischen Individualitäten heranziehen; nur dürfen wir dieselben nicht allzu groß sein lassen gegenüber der einheitlichen Konsistenz des Staates. Die Einheitsentwickelung Deutschlands wurde nicht sowohl durch die Kleinstaaten als durch die Mittelstaaten gehemmt, und ich wünsche nicht, daß wir innerhalb Preußens derartige Mittelstaaten schaffen. Wenn der Abg. Lasker meinte, daß bei der Provinzialvertretung sich die Interessenvertretung von selbst herstellen würde, weil man Männer einer anderen Interessengruppe wegen ihrer Kenntnisse und ihrer Tüchtigkeit wählen würde, so kann ich das Gegentheil beweisen; immer haben die Parteien mit aller Macht ihre besonderen Kandidaten durchzubringen gesucht. Die liberalen Parteien am Rheine empfinden schon jetzt sehr empfindlich die Uebelstände des Reichswahlgesetzes (Rufe im Zentrum: Ja wohl! Heiterkeit.) Sie werden es mir doch nicht verübeln, lieber wärs mir, wenn wir auf Ihren Plätzen säßen. (Große Heiterkeit.) Wenn der Abg. Lasker uns Abhülfe in Aussicht gestellt, so muß ich bemerken, daß er nicht der einzelne Legislator ist, sondern Kollegen hat, die mit der Regierung und dem Herrenhause abzurechnen haben. Uebrigens kann der Richter wohl warten, bis ein positives Vergehen vorhanden ist und dann praktisch eintreten, aber der Gesetzgeber muß die Zustände und Bedürfnisse des Landes überlegen und für die Zukunft das Richtige zu treffen suchen. Wenn er übrigens den Ausdruck, welchen der Minister gestern gebrauchte, daß die Uebertragung der Selbstverwaltung auf die Bürger eine Machtfrage sei, bemängelte, so kann ich ihm darin nicht beistimmen. Durch die Uebertragung der Selbstverwaltung auf die Bürger leistet der Staat einen gewissen Verzicht auf gewisse deutlich erkennbare Theile seiner Macht, und er kann sich wohl fragen, ob es im Interesse des Gemeinwohles liegt, auf derartige Regierungsmacht zu verzichten. In Frankreich hat dieser Verzicht, der 1791 gemacht wurde, zum Terrorismus, zum Despotismus, zur Tyrannei und schließlich zum napoleonischen Kaiserreiche geführt. Was nun die Schwierigkeit der Uebertragung der Kreisordnung auf die westlichen Provinzen betrifft, so hieße es die Politik des Vogel Strauß nachahmen, wenn man die bedeutenden Schwierigkeiten nicht sehen wollte, es wäre kein kühner, sondern ein thörichter Schritt, wenn man Gesetze im raschen athemlosen Laufe machen wollte, ohne zu bedenken, daß sie sich in der Praxis als schädlich herausstellen würden. Ich kann nicht einmal zugeben, daß man binnen eines gewissen Zeitraums mit diesen Gesetzen vorgehen müßte, denn die Beseitigung dieser Hindernisse liegt weniger in unserem Willen als vielmehr in den thatsächlichen Verhältnissen, und zu sagen, in einer bestimmten Frist müssen die Hindernisse beseitigt sein, kann ich nur Vermessenheit nennen. Gestern wurde gesagt, man verstehe es wohl, weshalb die Regierung Schleswig-Holstein, Hannover oder Posen aus dem Spiele lasse, nicht aber, weshalb die Rheinprovinz von der Reform ausgeschlossen würde. Ich bin der Meinung, wenn man Posen und die Rheinprovinz vergleicht nach der Beziehung, in welcher Provinz die Regierung ein größeres Risiko läuft, wenn sie auf die Verwaltung verzichtet, so sage ich, daß die Mißlichkeit des Verzichtes in der Rheinprovinz zehnfach größer ist als in Posen. (Große Bewegung. Lebhafter Widerspruch.)

Ich kann das Haus nur bitten, sich etwas näher über die gegenwärtigen Zustände der Rheinprovinz zu informiren; z. B. über den Zustand der rheinischen Unterrichtsanstalten im Vergleich mit den altländischen, und dabei nehme ich keine Art der Unterrichtsanstalten provinziellen Charakters aus. (Abg. Windthorst-Meppen: Aber doch die Universitäten vor Allen! — Große Heiterkeit.) Ich kann dem verehrten Abgeordneten für Meppen versichern, daß ich auch auf die Korporation, der ich angehöre, mit unbedingter Bescheidenheit blicke und weit entfernt von der Anmaßung bin, zu glauben, daß sie einen hohen Vorrang vor ihren Schwesteranstalten des deutschen Reiches behauptet. Aber je mehr ich mich in diesem Gefühle bewege, um so sicherer spreche ich es aus, daß im großen Durchschnitt die rheinischen Gymnasien, Realschulen und Universitäten . . . (Große Heiterkeit) und Volksschulen meine ich, mit wenigen Ausnahmen ganz entschieden hinter den altländischen Anstalten zurückgeblieben sind. (Sehr wahr! links.) Das liegt an dem Unterrichtssystem, welches jetzt seit 30 Jahren in der Rheinprovinz um die Wette von Staats- und Kirchenbehörden inscenirt worden ist, und das erst in neuerer Zeit durch den gegenwärtigen Kultusminister eine Wendung zum Besseren bekommen hat. (Oho! im Centrum), es liegt, m. H., an den Bestrebungen, als deren kräftigster Vertreter in früheren Jahren der geehrte Redner gegolten hat, der vor mir soeben auf dieser Tribüne stand. Diese politisch-kirchliche Schule ist es gewesen, die seit einem vollen Menschenalter dort wie anderwärts, nur am Rhein mit doppeltem Gewicht den Aufschwung der Volkskultur, der allerdings unter dem Ministerium Altenstein und unter der Regierung Friedrich Wilhelm III. eine erfreuliche Wendung genommen hatte, wieder zerknickt hat. Meine Herren! Sie kennen den Brauch akademischer Lehrer, wenn das Semester anfängt, sich gegenseitig etwas mit der Plage zu fragen: wieviel Zuhörer haben Sie denn gewonnen? Bei uns in Bonn ist immer die zweite Frage? und wieviel sind darunter Norddeutsche und Nichtrheinländer? und wer eine relativ kleine Quote von rheinischen Zöglingen und eine relativ große von norddeutschen aufweisen kann, der ist ein viel beneideter Mann von seinen Kollegen. Ich will daraus die Konklusion ziehen, daß es sehr begreiflich ist, wenn die königliche Staatsregierung bei festem Entschlusse der allgemeinen Durchführung der neuen Verwaltungsreform doch gerade in den westlichen Provinzen mit Umsicht und Vorsicht vorwärts geht, daß es nicht nur sehr begreiflich, sondern die Pflicht der Regierung ist, sehr wohl zu erwägen, in wessen Hände Autonomie und Selbstverwaltung in den westlichen Provinzen gelegt wird. Ich unterscheide sehr bestimmt zwischen den Parteien und ihrem Werthe auch für die Frage der Selbstverwaltung: ich unterschreibe jedes Wort, was der Abg. Lasker über die heilende Kraft gerade des gemeinsamen praktischen Wirkens gegenüber dem politischen Parteigegensatz gesagt hat. Aber es giebt ganz eigenthümliche Parteien. So viel ich weiß, hat das hohe Haus nicht das Glück, einen Sozialdemokraten, der der Internationale angehört, in seiner Mitte zu besitzen; ich berühre also keinen für das Haus etwa glühenden Punkt. Ich fingire den Fall, der sich ja bekanntlich in Rheinland und Westfalen nach den Hoffnungen der Herren Abgeordneten Hasselmann und Hasenclever noch nicht verwirklicht hat, der aber doch möglicherweise einmal eintreten könnte, daß die große Majorität der rheinischen Bevölkerung den Doktrinen gewonnen wird. Ich hoffe, dieser Fall wird nicht so bald eintreten, aber möglich ist er doch. Nun sehen sie in diesem Falle die Wahlen zu den Kommunal-, Kreis- und Provinzialämtern sämmtlich beherrscht von einer internationalen Majorität, die erklärt, daß jedes Landesgesetz nur Geltung hat, so weit es mit dem Parteiprogramm übereinstimmt, an dessen Spitze die Pflicht der unbedingten Unterwerfung unter die Befehle des Bundeshauptes steht. Nehmen Sie dazu, daß dieses Bundeshaupt im Laufe der Jahre (Ruf links: auswärtiges Bundeshaupt!) von London nach Newyork verzogen und damit unseren Interessen noch fremder geworden ist. Eine solche Partei, die die Nichtbefolgung unserer Gesetze ihren Genossen auferlegt hat, übernimmt in der Rheinprovinz alle durch die Organisation geschaffenen Stellen. Sie wissen weiter, daß diese Partei sich durch alle Lande Europa's verzweigt, nach dem Krach zwar wegen der sinkenden Konjunktur ein wenig entkräftet, aber jeden Augenblick bereit, wieder Lust, Feuer und Thatendurst zu bekommen. Sie hat in Frankreich, sowie anderwärts mächtige Ableger und würde gern an Stelle der jetzigen konservativen Republik dort die rothe setzen. Eine der ersten Maßregeln wäre der Krieg gegen alle Könige, insbesondere gegen den König von Preußen, den deutschen Kaiser, als den Urheber des Militarismus. Sie würde nicht daran denken, daß hier in Preußen durch Ihre Gesetze eine so vortreffliche Menge von Freiheit und Autonomie eingeführt wird. Sie würde in ganz Europa unser deutsches Reich mit ihren Netzen zu umgeben suchen, und seien Sie sicher, wenn einmal an einer solchen Stelle ein derartiger Ausbruch erfolgt, so würden alle die durch sie gewählten Beamten in diesen Provinzen gemessene Ordre haben, nicht im Sinne des Staats, sondern im Sinne der Partei zu verfahren. Nun, meine Herren, ich präsumire hier einen Fall, der aber in jedem Augenblick möglicherweise sich verwirklichen kann. Von diesem Raisonnement aus komme ich zu meinem ursprünglichen Satze: unsere Staatsregierung thut sehr wohl, in einer Gegend, die voll von Fabriken, voll von Großindustrie, voll von unruhig gährenden Arbeitermassen ist, die Augen offen zu halten, in einer solchen Machtfrage die beiderseitige Stellung zu prüfen, erst nach bestimmter Erwägung aller denkbaren Folgen, auch aller europäischen Konjunkturen in einer solchen Provinz sofort mit der Verwaltungsreform vorzugehen. Es ist Ihnen wohl eingewendet worden: sollen wir denn unsere große Reform aufhalten und hindern durch die Rücksicht auf solche momentane Besorgnisse, durch solche vorübergehende Streitigkeiten? Ich bleibe immer bei meinem Gleichnisse: wenn das sicher wäre, daß die soziale Frage in den drei von dem Abg. Lasker bezeichneten Jahren gelöst würde, nun so hätte ich auch nichts dagegen, daß man heute schon mit der Reform vorwärts ginge. Da aber die soziale Frage eine Frage von weltgeschichtlicher Bedeutung ist, während alle unsere Verwaltungsreformen doch immer nur staatsgeschichtliches Gewicht haben, so kann ich nicht anders, als solchen Fragen gegenüber die Entwickelung der Verwaltungsreform mit Vorsicht unterordnen. Was mir als der wichtigste Kampf erscheint, der dem deutschen Reiche und dem preußischen Staate heute obliegt, das kann ich nicht als ein kleines Hinderniß behandeln; dem muß ich Rechnung tragen bei jedem neuen Gesetz, bei jeder Verwaltungsreform — bei Strafe der gefährlichsten Konsequenzen für die Sicherheit des Staates, für das Wohl unserer Nation. Mein lebhaftester Wunsch ist es, daß die Zeit bald kommen möge, wo auch dieser innere Streit ausgefochten ist, wo es keine Partei mehr in unserem Vaterlande giebt, die einen auswärtigen Gesetzgeber verehrt, die auswärtige Gesetze höher stellt, als die vaterländischen. Bei aller Selbstverwaltung ist die erste und letzte Voraussetzung — auch das hat vorhin der Abg. Lasker beredt ausgesprochen — die Herrschaft des Gesetzes; und wenn er gesagt hat: nach Erlaß dieser Gesetze wird es an uns sein, die Charaktere auszubilden, so wünsche ich ihm lebhaft, daß er recht bald eine Menge Schüler seines Charakters ziehen möge, muß aber einstweilen auf dem Zweifel beharren, daß es in unserem Vaterlande leider Tausende und viele Tausende giebt, denen durch Agitation mannichfacher Art der unbedingte Respekt vor dem vaterländischen Gesetz, der die unerläßliche Grundbedingung des Selfgouvernements ist, zur Zeit gründlich abhanden gekommen ist, daß demnach also bei festgestelltem Beschluß, vorwärts zu schreiten, doch entschieden Vorsicht in tempo, in quomodo und in quando vorgeschrieben ist. (Beifall; Zischen im Zentrum.)

Um 4 Uhr wird ein Antrag auf Schluß der ersten Berathung abgelehnt, dagegen die Vertagung derselben bis Donnerstag 11 Uhr beschlossen; doch bleibt, wie immer nach sehr erregten Debatten, Anlaß zu einigen persönlichen Bemerkungen zurück. So beschwert sich Abg. v. Kardorff über einige Mißverständnisse, die seine gestrige Rede, sogar, was hart sei, bei seinem Parteigenossen Grafen Wintzingerode habe erfahren müssen; der Gedanke, den schlesischen Magnaten Virilstimmen im Provinzialausschuß zu verschaffen, liege ihm durchaus fern.

Durch ihre eigenthümliche Form fällt folgende persönliche Bemerkung des Abg. v. Gerlach auf: Ich frage den Abgeordneten v. Sybel, ob er gesagt hat, daß ich der Universität Bonn Schaden zugefügt habe? (Der Abg. v. Sybel, der die Frage nicht verstanden hat, eilt herbei und läßt sie sich von Windthorst (Meppen), dem Nachbar des Herrn v. Gerlach, wiederholen.) Präsident v. Bennigsen: Ich habe den Abg. v. Sybel nicht so verstanden, muß aber bemerken, daß diese Art gegen einen Abgeordneten ein Verhör zu eröffnen in diesem Hause neu ist. Abg. v. Gerlach: Dann bin ich befriedigt und habe weiter kein Bedürfniß. (Heiterkeit.) Abg. v. Sybel: Ich habe nur gesagt, daß das System, dem der Abg. v. Gerlach dient, und das er mit repräsentirt, so lange es herrschte, allerorten Schaden angestiftet und ruinirend gewirkt hat, also auch in der Rheinprovinz; daß er persönlich die Universität Bonn speziell geschädigt habe, das habe ich nicht gesagt. Abg. v. Gerlach: Ich danke sehr. (Heiterkeit.)

Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung steht die heute wiederum abgebrochene erste Berathung der Provinzialordnung, sodann der Antrag Virchow's betreffend die Kreisordnung für Rheinland und Westfalen und der Gesetzentwurf betreffend die Provinz Berlin.

Tagesübersicht.

Posen, 11. Februar.

Die „Provinzial-Korrespondenz" widmet ihren Leitartikel der inneren Reform, mit Bezugnahme auf die Debatte des Abgeordnetenhauses über die Provinzialordnung. Das gouvernementale Organ erkennt es freudig an, daß die Vorlagen der Regierung nach ihrem Geist und Wesen von vorn herein die entschiedene Zustimmung der Mehrheit im Abgeordnetenhause zu finden scheinen, nimmt namentlich auf die Aeußerung des Herrn Miquel Bezug, welcher der Regierung für die Entschlossenheit ihres Vorgehens Anerkennung ausgesprochen hat und kommt dann auf die augenblicklich bestehende Meinungsverschiedenheit zu sprechen, ob die Reform sofort auf die ganze Monarchie ausgedehnt oder zunächst in dem Gebiete, in welchem sie bereits erfolgreich begonnen ist, nach allen Seiten durchgeführt und sodann auf die übrigen Provinzen übertragen werden soll. Hierzu bemerkt sie:

„So gewichtig die Gründe für die eine und die andere dieser Meinungen sein mögen, so wird doch schwerlich irgend Jemand, der es mit der Reform im Ganzen ernst meint, die Verantwortung dafür übernehmen wollen, daß hieran der hoffnungsvoll angebahnte Ausbau der neuen Institutionen selbst scheitere. Niemals standen die Aussichten für das Gelingen an und für sich in den allseitigen Stimmungen so günstig, wie gerade jetzt. Niemand kann sagen, ob nicht ein Hinausschieben in's nächste Jahr eine Verzögerung auf unabsehbare Zeit zur Folge haben könnte."

Der Provinz Posen scheint die „Verzögerung auf unabsehbare Zeit" mit ziemlicher Sicherheit bevorzustehen. Bis jetzt hat noch kein Abgeordneter aus unserer Provinz das Wort ergriffen, um die Kreisordnung für Posen zu fordern. Allerdings wurde unsere Provinz in den Debatten mehrfach erwähnt, aber ohne daß die Nothwendigkeit, hier die Kreisordnung einzuführen, besonders betont worden wäre. Die Liberalen verlangen in erster Reihe die Ausdehnung der Verwaltungsreform für die westlichen Provinzen. Den Standpunkt der Fortschrittspartei erklärte Virchow wie folgt:

Das nothwendigste Bedürfniß einer analogen Organisation haben die Provinzen Rheinland und Westfalen, bei den anderen ist es weniger dringend. Die Herren aus Posen können zwar stets auf meine Mitwirkung rechnen, bei Hannover, Hessen-Nassau. Schleswig-Holstein sind die Verhältnisse aber etwas abweichender Natur und wir werden zunächst abzuwarten haben, was die Regierung thut. Dagegen betrachten wir die Heranziehung unserer beiden westlichen Provinzen zu der Organisation als eine dringliche und unabweisliche, und wir würden das Zustandekommen des Gesetzes allenfalls von der Bedingung abhängig machen, daß die Regierung auch die Gesetze für Rheinland und Westfalen sofort miteinbringt.

Den schroffen Gegensatz hierzu vertritt Prof. Sybel, welcher eher die Provinz Posen als die Rheinlande für die Selbstverwaltung reif erklärte. In der gestrigen Sitzung äußerte er:

Gestern wurde gesagt, man verstehe es wohl, weshalb die Regierung Schleswig-Holstein, Hannover oder Posen aus dem Spiele lasse, nicht aber, weshalb die Rheinprovinz von der Reform ausgeschlossen würde. Ich bin der Meinung, wenn man Posen und die Rheinprovinz vergleicht nach der Beziehung, in welcher Provinz die Regierung ein größeres Risiko läuft, wenn sie auf die Verwaltung verzichtet, so sage ich, daß die Mißlichkeit des Verzichtes in der Rheinprovinz zehnfach größer ist als in Posen.

Hierzu verzeichnet der Parlamentsbericht „Große Bewegung. Lebhafter Widerspruch." Trotzdem scheint doch auf der linken Seite des Hauses Neigung vorhanden zu sein, der Provinz Posen die Kreisordnung zu gewähren. Wir dürfen dies wohl auch aus den Worten Laskers entnehmen, der sicherlich im Namen des größten Theils der nationalliberalen Partei sprach, als er erklärte:

Es ist ganz unpolitisch, in einer Provinz die Reform ruhig weiter zu führen und es in der andern völlig beim Alten zu lassen.... Fast alle organischen Gesetze werden berührt von der Reform der Kreisordnung, der Provinzialordnung und der Einführung der Verwaltungsgerichte, ja ich kenne überhaupt kein Gesetz, welches irgendwie einen organisatorischen Inhalt hat, das nicht ergriffen wird von den gewaltigen Reformen.... Wenn ich nun keine Provinz der Monarchie kenne, die auch nur eine Zeit lang ausgeschlossen werden darf von den Reformen, so möchte ich dabei folgende Methode festhalten Ich weiß, daß in einzelnen Theilen der Monarchie sehr starke Bewegungen gegen das Tableau der Reformgesetze ins Werk gesetzt werden, aber darüber sind alle Provinzen einig: die Kreisordnung, als den Beginn der Reformen, wollen sie alle haben.

Bis jetzt verlautet nicht, ob die posener Abgeordneten gesonnen sind, den vorjährigen Antrag auf Einführung einer modifizirten Kreisordnung in Posen zu wiederholen.

Wie telegraphisch gemeldet worden, ist gestern wieder einmal der mecklenburgische Landtag zu Malchin eröffnet worden. Wir wissen auch bereits, daß es sich wieder einmal um die alte Verfassungsvorlage handelt, über welche bereits vor einem Jahre resultatlos debattirt worden ist. Bekanntlich berief die Regierung den Landtag am 1. Februar 1874, um eine zeitgemäße Verfassung zu vereinbaren. Die Ritter erklärten sich für Beibehaltung der alten Feudalstände, und die Landschaft sprach sich für deren Beseitigung aus. Darüber wurde der Landtag geschlossen — und jetzt offenbar zu ganz demselben Zwecke wieder eröffnet. Denn daß über die alte Vorlage sich jetzt eine Einigung herbeiführen lassen sollte, nachdem dieselbe sich bereits wiederholt als unausführbar herausgestellt hat, ist doch thatsächlich nicht anzunehmen. Nicht unbegründet dürfte die in verschiedenen Blättern ausgesprochene Meinung sein, daß alle Lösungsversuche jedenfalls so lange vergeblich sein werden, so lange das Ministerium des der Feudalpartei angehörenden Grafen Bassewitz am Ruder und nicht ein wahrhaft volksthümliches, für die zeitgemäßen Anforderungen empfängliches Ministerium am Ruder sein werde.

Ueber die heute erfolgte Wiedereröffnung der französischen Nationalversammlung liegt uns zur Stunde noch keine Depesche vor. Wie zu erwarten stand, ist innerhalb der Parteien der französischen Nationalversammlung eine Einigung betreffs des Septennatsgesetzes nicht erzielt worden. Linkes und rechtes Zentrum stehen einander strikte gegenüber. Das linke Zentrum hat dem gemeinsamen Antrage der Linken seine Zustimmung nicht vorenthalten. „Die Senatoren", so lautet dieser, „werden nach Departements mittelst Listenscrutinium gewählt. Die Zahl der Senatoren, welche jedes Departement zu wählen hat, wird im Verhältniß zu seiner Bevölkerungsziffer bestimmt. Es werden verschiedene Kategorien von Wählern aufgestellt; die Mitglieder der Nationalversammlung können in den Senat gewählt werden. Es soll weder dem Präsidenten der Republik zustehen, Senatoren zu ernennen, noch Senatoren von Rechts wegen geben." Das rechte Zentrum hält dagegen daran fest, daß es dem Marschall zustehen soll, einen Theil der Senatoren zu ernennen, und die äußerste Konzession desselben ist, daß der andere Theil des Senats von den Generalräthen gewählt werde. So hat denn die vielgepriesene republikanische Majorität kaum nach der Geburt schon ihr Ende gefunden. — Nach Mittheilung bonapartistischer Blätter ist der Kandidat des Kaiserreichs bei der Ersatzwahl in Côtes du Nord von der Kandidatur zu Gunsten des Legitimisten Kerjégu zurückgetreten. Es unterliegt in Folge dessen keinem Zweifel, daß der legitimistische Kandidat gegen den Republikaner Foucher de Fareil den Sieg erringt.

Von kriegerischen Nachrichten werden wir allem Anscheine nach aus Spanien nicht allzuviel mehr zu hören bekommen. Aus dem Stadium der erbitterten Kämpfe will man in das des Convenio, der friedlichen Unterhandlungen treten. Diese Absicht wird auch durch den telegraphisch gemeldeten Wechsel im Oberkommando bestätigt. Der abberufene Laserna war ausschließlich ein Mann des Schwertes, für Verhandlungen ungeeignet. Die betreffende Depesche läßt es zweifelhaft, ob Moriones oder Jovellar (Kriegsminister) die Lasernasche Stellung einnehmen werde. Es würde sich vielleicht am meisten empfehlen, Jovellar zu wählen, denn da ein Convenio den karlistischen Offizieren jedenfalls den Uebertritt in die reguläre Armee gewähren würde, muß es angemessen erscheinen, daß der Kriegsminister selbst die Leitung der desfallsigen Verhandlungen in die Hand nimmt. Wie die Sache heute liegt, haben die spanischen Depeschen über die Reise des Königs und die Haltung der verschiedenen Truppen kein hervorragendes Interesse mehr, wir können uns mithin vorläufig auf die Mittheilung der Thatsachen beschränken.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 11. Februar.

— Am Sonntag, den 14. d. M., kommt im Interimstheater ein neues Stück von dem als Dichter bereits bekannten Regierungsrath Hermann Kette in Breslau: „Preußens erstes Schwurgericht" zur ersten Aufführung. Das Stück hat in Breslau sich Seitens des Publikums und der Presse des lebhaftesten Beifalls und großer Anerkennung zu erfreuen gehabt. Die Erlaubniß zur Aufführung desselben mußte erst durch eine königliche Kabinetsordre erwirkt werden. Der Dichter wird der Aufführung selbst beiwohnen.

— Der Rektor der städtischen Schulen in Jastrow, Blobel, ist als Kreis-Schulinspektor nach Schroda berufen worden.

— **Das polnische Volk und seine „Herren"**. Der „Dziennik Poznański" stellt an die polnischen Reichstagsabgeordneten das dringende Verlangen, sobald als möglich vor die Wähler mit Rechenschaftsberichten über ihre parlamentarische Thätigkeit zu treten. Ferner äußert er den Wunsch, daß derartige Berichte auch in den von Polen nicht vertretenen Kreisen, sei es durch den Vorsitzenden der polnischen Reichstagsfraktion selbst oder durch andere Abgeordnete abgestattet werden, „damit die Wähler endlich einmal erfahren, daß ihre Bemühungen, als sie für ihre Kandidaten stimmten, nicht erfolglos sind, denn auf diese Weise geben sie ihre besondere Nationalität und ihre Interessen zu erkennen, welche auf diese oder jene Weise von ihren Landsleuten in den Parlamenten vertheidigt werden." — Auch der „Orędownik" betont die Nothwendigkeit der Berichterstattung, „denn, schreibt er, nicht allein aus der Stadt, sondern auch aus der Provinz gelangen an uns Stimmen: Wir kennen gar nicht unsere Abgeordneten und wissen nicht, ob sie irgend Jemand gesehen hat. Der polnische Abgeordnete ist nach der Ansicht des polnischen Volkes — wie uns Jemand schreibt — gleich einem wilden Vogel, der sich so hoch in die Wolken erhebt, daß ihn das Auge des Wählers nicht erblicken kann." Dasselbe Blatt, welches gern die Rechte des Volkes gegenüber den adligen Herren vertheidigt, klagt aus Anlaß der bevorstehenden Pfarrwahl, zu welcher sich eine Anzahl katholischer Gemeindemitglieder in Sowina entschlossen hat, daß die Bildung des Volkes vernachlässigt werde. Es heißt dann wörtlich: „Laut schreit man bei uns von Nationalität, auf das ‚Volk' setzt man angeblich seine Hoffnungen, aber dieses Volk behandelt man schlimmer als das Zuchtvieh und da soll das Volk die Erwartungen nicht täuschen!" Wenn dies noch jetzt der Fall, wo preußisches Recht und deutsche Ordnung gehandhabt wird, wie mag dies erst in dem alten Polenreiche, wo jeder Schlachtciz ein kleiner König war, ausgesehen haben!

— **In polnischen Kreisen** geht hier das Gerücht und hat seinen Weg sogar in ein berliner Blatt gefunden, daß der Fürst Radziwill, welcher seinen Palast in Berlin verkauft hat, mit der Absicht umgehe, sich in Posen niederzulassen und zu diesem Zweck mit dem hiesigen Arzt Dr. Koszutski wegen Ankaufs eines demselben gehörigen Hausgrundstücks in Unterhandlung stehe. Das in Rede stehende Gebäude ist das frühere Kozmian'sche Institut, welches durch den Dr. Koszutski um mehrere Stockwerke erhöht, im Innern vollständig umgebaut und auf das Luxuriöseste eingerichtet worden ist, so daß man es wohl als das umfangreichste und eleganteste Wohngebäude der Stadt bezeichnen kann. Es versteht sich von selbst, daß die Uebersiedelung des Fürsten Radziwill von Berlin nach Posen von der ultramontanen sowohl, wie auch von der polnischen Partei mit großer Freude begrüßt werden würde.

r. **Der Mangel an Lehrern,** durch den unsere Provinz im Allgemeinen sehr zu leiden hat, wie dies die zahlreichen unbesetzten Lehrerstellen beweisen, macht sich auch in dem Schulwesen unserer Stadt in empfindlicher Weise bemerkbar. Vor einigen Monaten erließ der Magistrat eine öffentliche Aufforderung zu Bewerbungen um eine neu kreirte Lehrerstelle an der hiesigen Bürgerschule. Als Bedingung wurde gestellt die Ablegung der Mittelschullehrer-Prüfung, insbesondere tüchtige Leistungen in den Naturwissenschaften; bis jetzt hat sich trotz des Gehalts von 650 Thalern, welches mit der Stelle verknüpft ist, noch kein einziger Kandidat um dieselbe beworben. Ebenso sind gegenwärtig 6 Lehrerstellen an den Stadtschulen unbesetzt und es ist bis jetzt noch nicht gelungen, geeignete Kräfte für diese Stellen zu gewinnen. Zwar hat sich eine Anzahl von katholischen Lehrern aus der Provinz gemeldet; da aber die Stadtschulen Simultan-Lehranstalten sind, und deswegen ein entsprechender Theil der Lehrer an diesen Anstalten der evangelischen Konfession angehören muß, überdies auch die sonstige Qualifikation der Bewerber den Anforderungen, welche man an Lehrer hiesiger Stadtschulen stellt, nicht recht entspricht, so sind bis jetzt die Stellen noch unbesetzt. Evangelische Lehrer, zumal aus anderen Provinzen, haben sich bis jetzt nicht gemeldet.

r. **Die Backwaaren**, welche im Vergleich gegen das Vorjahr bereits im Januar d. J. in unserer Stadt an Gewicht zugenommen hatten, zeigen auch in dem laufenden Monate wiederum eine Gewichtszunahme gegen den vorigen Monat. Es genügt dabei allerdings nicht, wie man dies in manchen Berichten aus der Provinz über die kommunalen Steuerverhältnisse findet, einfach zu sagen, daß eine ins Auge fallende Zunahme der Backwaaren nicht bemerkbar sei; das Auge täuscht dabei sehr, und kann es in Wirklichkeit nicht erkennen, ob die Backwaare, die man Tag für Tag vor sich sieht, allmälig an Gewicht zunimmt; hiebei kann vielmehr nur die Waage das entscheidende Wort sprechen. Wer im Dezember v. J. die Silbergroschen-Semmel in unserer Stadt gewogen hat, wird gefunden haben, daß dieselbe durchschnittlich 12 Loth wog, während gegenwärtig das Gewicht 15 Loth beträgt. Diese Gewichtszunahme wird auch durch die vom k. Polizei-Direktorium im Anfange jeden Monats veröffentlichte Brottaxe konstatirt Es haben nämlich am Anfange jeden Monats sämmtliche Bäcker dem Polizeidirektorium eine Taxe einzureichen, in welcher sie angeben, zu welchem Gewichte sie das Brot zu 50 Pfennigen (5 Sgr.) und die Semmel a 10 Pfennigen (1 Sgr.) im Laufe des Monats verkaufen werden. Diese Taxe muß sich auch im Bäckerladen befinden, und ist jeder Bäcker strafbar, welcher Backwaaren von geringerem Gewichte, als er es auf der Taxe angegeben, verkauft. Die Namen derjenigen Bäcker, welche das schwerste Brot und die schwerste Semmel liefern, werden vom Polizeidirektorium bekannt gemacht. Vergleicht man nun diese Brottaxen aus den verschiedenen Monaten mit einander, so ersieht man daraus Folgendes: in den letzten Monaten des vorigen Jahres betrug das Maximalgewicht des Roggenbrotes a 5 Sgr.: 2 Kilogramm (= 4 Pfund), im Januar d. J. 2 Kilogramm 100 Gramm, und im Februar d. J. 2 Kilogramm 500 Gramm (= 5 Pfund); das Maximalgewicht der Semmel a 1 Sgr.: in den letzten Monaten des vorigen Jahres 200 Gramm, im Januar d. J. 250 Gramm, im Februar d. J. 250 Gramm und zwar liefern bereits 6 Bäcker die Semmel zu diesem Gewichte (im Januar d. J. nur einer). Es geht hieraus also hervor, daß in unserer Stadt die Backwaaren im Februar d. J. gegen die letzten Monate des v. J. um ¼ oder 25 Prozent ihres damaligen Gewichts zugenommen haben, Dank vornämlich der Aufhebung der Mahlsteuer und der dadurch begünstigten freieren Konkurrenz. Es wäre gewiß von Interesse, mit Zugrundelegung von Zahlen auch aus den übrigen Städten der Provinz, in denen früher die Mahlsteuer erhoben wurde, den Nachweis geführt zu sehen, ob in Wirklichkeit, wie behauptet wird, gegenwärtig die Backwaaren dort nicht größer sind als früher, oder ob doch nicht auch, wie hier in Posen, eine Gewichtszunahme eingetreten ist.

⤢ **Diebstähle.** Einem Restaurateur auf der Berlinerstraße wurde in der Nacht vom 9.—10. d. M. aus verschlossenem Zimmer mittelst Nachschlüssels ein Taschenrevolver nebst mehreren Flaschen Liqueur gestohlen. — Einem Kaufmann auf der Wronkerstraße wurde aus unverschlossenem Raume ein braunseidener Regenschirm mit lila Futter gestohlen. — Verhaftet wurde ein Arbeiter, welcher auf dem Zentralbahnhofe Kohlen gestohlen. — Zwei Knaben haben in letzterer Zeit mehrfache Laden-Diebstähle an Spitzen, Band, unechten Ringen ꝛc. verübt und diese Gegenstände weiter verkauft. Beide Knaben genießen städtische Pflege. — Verhaftet wurde ein Frauenzimmer, welches beschuldigt ist, einer Arbeiterfrau eine lederne Tasche mit 2 Thlr. gestohlen zu haben. — Bei einem Kaufmann auf der Krämerstraße erschien am 3. d. M. ein anständig gekleidetes Frauenzimmer, welches unter Angabe eines falschen Namens einen Kohlenkasten erschwindelte. — Bei einem Maurer wurden 5 Stangen reinen Silbers gefunden, welche vermuthlich einem hiesigen Goldarbeiter, bei welchem jener Maurer ein Jahr lang Hausknecht war, gestohlen worden sind. Das Silber hat einen Werth von 50 Thaler. — Wegen Abschneidens von Weidenruthen im Glacis wurde ein Arbeiter verhaftet. — Verhaftet wurde eine Dirne, welche einem andern Mädchen den Hut vom Kopf gerissen und damit fortgelaufen war.

×× **Fraustadt,** 9. Februar. [Einbruch]. In der Nacht vom 7. zum 8. d. wurde in dem Laden des Kaufmann Böhmer am Markte, dicht neben der Hauptwache, ein frecher Diebstahl verübt. Als der Genannte Abends spät zu Hause anlangte, bemerkte er, daß die Hausthüre und die Thüre nach dem Laden offen standen. Dies befremdete ihn, und er begab sich nach seiner im ersten Stockwerk gelegenen Wohnung, um Licht zu holen und nachzusehen, was vorgefallen sei. Diesen Moment aber benutzten die Diebe, um sich schleunigst zu flüchten. Bei genauer Durchsuchung des Ladens fand man die Kasse, in welcher sich etwa 40 Thlr. befanden, erbrochen und ausgeleert. Ferner waren die im Schaufenster befindlichen 3 Revolver nebst 500 Patronen und noch sonstige Werthsachen verschwunden. Die Diebe hatten in der Eile ein Gebund Nachschlüssel, welche in voriger Woche einem hiesigen Schmiedemeister gestohlen worden sind, auf dem Ladentisch liegen lassen. In letzterer Zeit sind überhaupt hierorts und in den umliegenden Ortschaften öfters Diebstähle vorgekommen, und richtet sich der Verdacht auf mehrere Taugenichtse, welche mit dem Korrektionshause in Kosten und dem Zuchthause in Rawicz schon genügende Bekanntschaft gemacht haben.

△ **Neustadt b. P.**, 9. Febr. [Zur Errichtung einer Simultanschule.] Die Herren Reg.-Rath v. Rheden und Reg.- und Schulrath Luke trafen gestern hier ein, um mit den betreffenden hiesigen Behörden behufs Umwandlung der hiesigen drei konfessionellen Schulen in eine Simultanschule zu verhandeln. Schon vor mehreren Monaten hatten darauf bezügliche Verhandlungen stattgefunden, jedoch zu keinem befriedigenden Resultate geführt. Leider verliefen auch diesmal die Verhandlungen resultatlos. In dem gestrigen Termine protestirte nämlich der Herr Dekan und Schulinspektor Hebanowski im Namen des katholischen Schulvorstandes aus religiösen und materiellen Gründen gegen die Errichtung einer Simultanschule. Der hiesige Pastor und Schulinspektor Herr Reyländer wünschte zwar auch Beibehaltung der konfessionellen Schulen, beanspruchte aber, wenn eine konfessionelle Schule eingerichtet werden sollte, die Garantie für Beibehaltung des konfessionellen Religionsunterrichts in der Schule. Für die unbedingte Errichtung einer Simultanschule sprachen sich nur ein Mitglied des evangelischen und ein Mitglied des jüdischen Schulvorstandes aus; letzteres wünschte die Anstellung eines Rektors. Nun versuchten es die Herren Regierungs-Räthe mit dem Magistrate und den Stadtverordneten, leider ebenfalls ohne Erfolg. Der Herr Posterpediteur und Stadtrath Schulz erklärte zwar, daß sowohl er als auch die übrigen Herren zwar im Prinzip für die Errichtung einer Simultanschule, daß aber die Stadtgemeinde so unvermögend sei, daß sie die bedeutenden Mehrkosten nicht leisten könne. Wenn aber die Regierung an die katholische Schulgemeinde für das von derselben neuerbaute Gebäude, welches über 7000 Thaler gekostet hat, 3000 Thaler zurückzahlen, ferner 4000 Thaler zum Anbau von vier Klassen hergeben, und einen jährlichen Zuschuß von 1500 Thalern bewilligen wollte, so würde die Errichtung einer Simultanschule dennoch durchzuführen sein. Darauf erklärten die Herren Regierungsräthe: „so bedeutende Opfer könne die königliche Regierung für diese eine Schule nicht leisten", — und so ist wohl dieses Projekt auf lange Zeit vertagt. Am meisten litten unter diesem Projekte die beiden hiesigen katholischen Lehrer. Schon vor ca. zwei Jahren wurde für die hiesige katholische Schule ein neuer Etat für 3 Lehrer aufgestellt und das Gehalt des ersten Lehrers von 180 Thlrn. auf 230 Thlr., das des zweiten Lehrers von 180 Thlr. auf 210 Thlr. erhöht. Leider wartet der Etat noch auf die Bestätigung von Seiten der vorgesetzten Behörde, da man sich höheren Orts mit dem Gedanken der Errichtung einer Simultanschule trug, und die beiden Lehrer? nun, die warten vergeblich auf die Aufbesserung ihres Gehalts. Dabei unterrichten diese zwei Lehrer ca. 300 Schulkinder in vier Klassen! Die Anstellung eines dritten katholischen Lehrers sowie die Bestätigung des Etats wird wohl jetzt erfolgen, da die Errichtung einer Simultanschule in weite Ferne gerückt ist.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

—ls— Gesammelte Werke von Otto Ruppius. Neue Gesammt-Ausgabe, Band 5 u. 6. Berlin, Verlag von Franz Duncker. Otto Ruppius gehört zu jenen Talenten, welche rasch Anerkennung fanden und vom Tode mitten aus der Bahn gerissen wurden. Er hat eine beachtenswerthe Zahl von Arbeiten hinterlassen, welche von einer nicht geringen Begabung für novellistische Darstellung zeugen und deshalb das Bedauern über sein zu frühes Scheiden um so reger machen. Die Verlagshandlung hat nun eine Gesammt-Ausgabe der Ruppius'schen Erzählungen veranstaltet, die einen klaren Ueberblick über die literarische Bedeutung des Verfassers ermöglicht. Eine geachtete Stellung in der modernen Erzählungs-Literatur hat sich Ruppius namentlich durch seine amerikanischen Romane erworben welche treffliche Bilder aus dem Leben der Deutschen im fernen Westen enthalten und sich durchgängig durch markige Darstellung auszeichnen. Die vorliegenden Bände 5 und 6 enthalten kleinere Werke, deren Gegenstände theils dem deutschen, theils dem deutsch-amerikanischen Leben entnommen sind. Wir sind überzeugt, daß sie ihren Zweck in anmuthiger Form zu belehren, überall erfüllen werden, und empfehlen sie daher angelegentlich

* Von den „Neuen Monatsheften für Dichtkunst und Kritik", die im Verlage von Georg Stilke in Berlin unter der Redaktion von Oskar Blumenthal erscheinen, ist das Eröffnungsheft ausgegeben worden. Eingeleitet wird es durch einen größeren Cyclus neuer Gedichte und Sprüche von Friedrich Bodenstedt. Es folgt eine Novelle: „Störungen" von Ernst Wichert. Die Dramatik ist durch ein tragisches Vorspiel: „Kaiser Karls Heimgang" von Albert Lindner vertreten. Eine polemische Anmerkung des Dichters wendet sich abwehrend gegen die Kritik. Gedichte von Hieronymus Lorm und eine epische Dichtung: „Ein Märchen vom Ganges" von Karl Woermann beschließen den poetischen Theil. Aus der kritischen Abtheilung sind besonders die längeren Beiträge von Ferdinand Kürnberger, Wilhelm Buchholz und Fr. Kreyssig hervorzuheben. Klaus Groth bietet fesselnde Bemerkungen über Hebel und Reuter; Ludwig Noiré kämpft gegen den dichterischen Ungeschmack der musikalischen Texte und der Herausgeber selbst versucht in seinen „antipessimistischen Betrachtungen eines Pessimisten" einen satirischen Feldzug gegen philosophische Moderichtungen. Hervorzuheben ist noch die originelle Kritik: „Zur Kritik der Kritik", in der gleichsam ein Asyl für obdachlose Erwiderungen aufgethan und eine Kontrole der kritischen Blätter Deutschlands versucht werden soll. Auch die Miscellen und offenen Briefe, die den Schluß des Blattes bilden, sind witzig und anregungsreich.

* **Deutsche Warte.** Umschau über das Leben und Schaffen der Gegenwart. Redaktion: Dr. Bruno Meyer. VIII. Band. (Verlag der G. Braun'schen Hofbuchhandlung.) Erstes Februar Heft. Inhalt: Das Buch Hiob und das religiöse Bewußtsein der Gegenwart. Von Professor H. Holtzmann. — Die Kunstausstellung im Palais Bourbon zu Paris. II. Von Fr. K. Peterssen. — Die Brüder vom deutschen Hause von G. Freytag. Von G. Hartung. — Die Deutschen in Frankreich. Von G. Schneider. Kleine Umschau: Rom. — Bücherschau I. Umschau in der Literatur Englands mit Berücksichtigung der amerikanischen. Von H. B. — II. Anzeigen. — III. Besprechungen. — Todtenschau: William Dongal Christie. — Sprechsaal der Redaktion.

* Deutsche Jugend. Illustrirte Jugend- und Familien-Bibliothek in Monats-Heften, herausgegeben von Julius Lohmeyer. Leipzig, Alphons Dürr. Inhalt des Februar Heftes (5. Band 5. Heft) an Originalbeiträgen: Der Großmutter Geburtstag von Hermann Schmid. — Ernst Rietschel. Ein Künstlerleben von J. Stieler. Illustration von E. Bendemann. — Eine Schulfahrt in das Kyffhäuser-Gebirge von Wilh. Osterwald. Illustrirt von R. Schuster. — Max Joseph's zweite Leichenfeier. Ballade von Heinrich Viehoff. Illustrirt von O. Günther. — Unsere Winterschläfer. Naturbild von Gustav Jaeger. Illustration von W. Georgy. — Ein Wintergärtchen für

(Fortsetzung in der Beilage.)

unsere Stubenvögel. — Verstandesübungen von R. Loewicke. — Lieder, Gedichte, Sprüche, Räthsel von Friedrich Oldenberg, Julius Sturm, Karl Stelter, Friedr. Güll, Victor Blüthgen u. A. mit Original-Illustrationen von Fedor Flinzer, S. Dahl, Osc. Pletsch, Paul Thumann u. A.

Vermischtes.

* **Das kostümirte Ballfest**, welches am 8. Februar Abends im kronprinzlichen Palais gegeben worden, ist auf den Wunsch des Kaisers am 9. Februar im königlichen Schlosse wiederholt worden und hat hier noch mehr Beifall als am ersten Tage eingeerntet, zumeist wohl dadurch, daß die großartigeren Räume im königlichen Schlosse einen wenn auch nicht passender dekorirten, so doch erweiterten Rahmen für die prächtige Reihe der kunstschön arrangirten mittelalterlichen Bilder darboten. Im kronprinzlichen Palais hatten nur 400 Gäste Platz gefunden; in den Festräumen des königlichen Schlosses war Raum für deren 1400; es war eben eine besondere Freude für den Kaiser, das eigene Behagen an dem heiter geschwingten Faschingstreiben auch Andere genießen zu lassen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Bis 10 Uhr Abends eingegangene Depeschen.

Berlin, 11. Febr. Das Abgeordnetenhaus setzte die Berathung der Provinzialordnung fort. Berger sprach in einstündiger Rede für die Vorlage, nur Einzelnes bemängelte er. Er bekämpfte hauptsächlich Sybels gestrige Ausführungen und hob hervor, die Majorität der Rheinländer und Westphalen wünsche die Einführung der Kreis-Provinzialordnung. Die Reformgesetzgebung müsse auf die westlichen Provinzen ausgedehnt werden. Gneist sprach im Ganzen für die Vorlage, welche einen bedeutenden Fortschritt zeige. Das Haus beschließt die Verweisung der Vorlage an eine Kommission, deren Mitgliederzahl später bestimmt werden soll. Es folgte Antrag Virchow auf Vorlegung der Gesetzentwürfe über die Reform der Gemeinde-Kreis-Provinzialordnung in Rheinland und Westphalen. Der Minister des Innern ist gegen den Antrag, dessen Form inopportun sei. Die Regierung habe den festen Willen, die geforderten Gesetze vorzulegen, man könne aber bei den zeitraubenden Vorarbeiten die Vorlegung derselben in dieser Session nicht verbürgen. Der Minister fordert auf, erst die vorgelegten Arbeiten zu erledigen, da nicht Alles zugleich erreichbar sei. Der Antrag Virchow auf Namensabstimmung wird mit 292 gegen 28 Stimmen angenommen. Nächste Sitzung morgen.

Berlin, 11. Febr. Die „Germania" veröffentlicht eine von 23 deutschen Bischöfen erlassene Kollektiverklärung des deutschen Episkopats, betreffend die Zirkulardepesche des Reichskanzlers hinsichtlich der künftigen Papstwahl, worin behauptet wird, daß die Zirkulardepesche einen Angriff auf die volle Freiheit und Unabhängigkeit bei der Wahl des katholischen Kirchenoberhauptes enthalte, gegen den sie Protest erhöben, da über die Gültigkeit der Papstwahl nur die Autorität der Kirche entscheiden könne. Der straßburger Bischof unterzeichnete mit, der von Metz nicht.

Pest, 11. Februar. [Unterhaussitzung.] Nach der Schlußrede Tiszas stimmte die ganze kompakte Majorität für die Budgetvorlage. Der Ministerpräsident ersuchte hierauf die Verhandlungen zu vertagen, da die Regierung über die geänderte Situation der Krone berichten wolle. Der Ministerpräsident reist heute nach Wien ab.

Verein der Wollinteressenten Deutschlands.

Der Verein der Wollinteressenten Deutschlands hält bei Gelegenheit des Kongresses deutscher Landwirthe zu Berlin am Montag, den 22. Februar, Abends 6 Uhr, im Lokale des Kongresses, (Hotel Imperial, vorm. Arnim's Hotel, Unter den Linden 44) eine Sitzung, zu welcher die Herren Vereinsmitglieder wie sonstige Interessenten hierdurch ergebenst einladen.

In derselben wird die folgende Tagesordnung zur Berathung gelangen:

I. Ein Blick auf die Absatzquellen der deutschen Schafwollindustrie mit Bezunahme auf die heutige Conjunktur. Referent Fabrikant Pariser-Luckenwalde.

II. Welche Methode des Wollverkaufs: Verkauf in Schmutz geschorener Wollen, Verkauf rückengewaschener Wollen, Verkauf fabrikmäßig gewaschener Wollen ist zur Zeit für den Landwirth am einträglichsten. Referent P. Possart-Tharandt.

III. Diskussion über die „zweckmäßigsten Merinokategorien auf künftigen Ausstellungen." Diskussion über „die Kennzeichen der leichten Ernährung des Schafes." Referent R. Behmer.

IV. Etwa noch eingehende Anträge.

Der Vorstand.

Oekonomierath Schütze-Heinsdorf, Vorsitzender. Oekonomierath Noodt, Schriftführer.

Zur Beachtung.

Bei Gelegenheit obiger Versammlung dürfte eine Geschäftsanbahnung für den Verkauf in Schmutz geschorener Wollen, durch Beibringung von Mustern (1—2 Kilogramm im Gewicht) vielleicht von Nutzen sein, und ist die Zeit von 5—6 Uhr Nachmittag unmittelbar vor obiger Versammlung zu diesem Zwecke bestimmt. Der Vorstand.

Eingesandt.

Ein großer Theil des hiesigen Publikums welcher im Besitze von Abonnements-Billets zum Interims-Theater ist, fühlt sich dadurch, daß die Billets bei sehr häufigen Vorstellungen: Gästen, Benefizien, aufgehobenem Abonnements, von der Direktion nicht eingelöst werden, in seinen Rechten resp. im Besuche des Theaters beschränkt, da es doch einem Besitzer von Ab.-Billets nicht zugemuthet werden kann, sich noch jedesmal extra Billets zu kaufen. Wenn die Direktion in der Weise dem Publikum resp. Abonnenten den Besuch des Theaters erschwert, so kann sie sich durchaus darüber nicht beklagen, wenn den Musen nicht mehr als bisher gehuldigt wird, im Gegentheil sie entmuthigt das Publikum ferner sich mit Ab.-Billets zu versehen. Der Einwand, welcher seitens der Direktion gemacht wird, daß Gäste sowie Erwerbung von neuen Theaterstücken erhöhte Ausgaben verursachen, ist ja gerechtfertigt, aber dem läßt sich dadurch begegnen, daß die Ab.-Billets unter Zuzahlung der Differenz des jedesmaligen erhöhten Preises — doch in beiderseitigem Interesse wohl eingelöst werden können.

Ein Abonnent

Bekanntmachung.

Dem vom hiesigen Gouvernement mit der Aufnahme des Rayon-Katasters für die Festung Posen betrauten Regierungs-Feldmessers **Schwarzer** ist der Kgl. Feldmesser **L. Matschke** mit folgendem Hilfspersonal zur Unterstützung beigesellt:

Premier-Lieutenant **Wittenberg**, Feldmesser **Rathmann** und **Haupt**, Feldmesser-Cand. **Linke**, **Fischer** und **Becker**, Bautechniker **Baude**, Ingenieur **Kluge**.

Indem ich auf meine Bekanntmachung vom 15. September 1874 verweise, bemerke ich, daß auch den obengenannten Herren das nothwendige Betreten der Grundstücke im diesseitigen Polizeibezirke bei ihren Arbeiten zu gestatten ist.

Posen, den 5. Februar 1875.

Königl. Polizei-Direktor.
Staudy.

Bekanntmachung.

In unser Firmen-Register ist unter Nr. 189 die Firma **M. Lewy** zu Pinne und als deren Inhaber der Bäckermeister und Mehlhändler **Michaelis Lewy** zu Pinne zufolge Verfügung vom 5. Februar 1875 am 6. Februar 1875 eingetragen worden.

Samter, den 5. Februar 1875.

Königliches Kreis-Gericht.
Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

Der Konkurs über das Vermögen der Wittwe **Caroline Abraham** geb. **Czapska** zu Pinne ist durch Akkord beendigt.

Samter, den 30. Januar 1875.

Königliches Kreis-Gericht.
I. Abtheilung.
Der Kommissar des Konkurses.

Gutsverkauf.

Ich beabsichtige mein aus 400 Mrg. gutem kleefähigen Boden bestehendes Vorwerk **Bolewitz** bei Neustadt bei Pinne nebst einer mit gutem Absatz befindlichen Ziegelei, 1 Meile von Bahnhof Neutomischel und 1/4 M. von der Chaussee entfernt, aus freier Hand unter guten Bedingungen zu verkaufen. Käufer erfahren das Nähere durch den Besitzer

Liske.

Ein rentables Gut

mit etwas Wald, im Preise bis zu 70 Mille, wird zu **kaufen gesucht.** Anzahlung kann bis zu 3/4 des Betrages geleistet werden. Unterhändler verbeten. Offerten mit möglichst genauer Beschreibung unter **J. S. 3267** befördert **Rudolf Mosse** in **Berlin** SW.

Umzugshalber ist ein **Restaurant** mit **Billard** p. 1. April zu verkaufen. Adressen nimmt die Expedition unter **R. A. 4** entgegen.

Subhastations-Patent.

Das im Dorfe **Kozłowo** unter **Nr. 7** belegene, den **Joseph** und **Marianna Priebe**'schen Eheleuten gehörige Grundstück soll im Termine

den 8. April 1875, Nachmittags 4 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle im Wege der nothwendigen Subhastation versteigert werden. Dasselbe ist mit einem Reinertrage von 181,11 Thlr. = 543 M. 36 Pf. und mit einem Nutzungswerthe von 30 Thlr. = 90 M. zur Grund- resp. Gebäudesteuer veranlagt worden und enthält an Gesammtmaß der der Grundsteuer unterliegenden Flächen 62 Hektar 33 Ar 50 □Meter.

Der Auszug aus der Steuerrolle, der Hypothekenschein, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, ingleichen besondere Kaufbedingungen, können in unserem Bureau III. während der Geschäftsstunden eingesehen werden.

Alle diejenigen, welche Eigenthum oder anderweite, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragnng in das Hypothekenbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präklusion spätestens im Versteigerungs-Termine anzumelden.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags soll im Termine

den 10. April 1875, Mittags 12 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle verkündet werden.

Tremessen, den 9. Januar 1875.

Königliches Kreis-Gericht.
Der Subhastationsrichter.

Ein Gasthaus in Dolzig

mit den nöthigen Stallungen und Hofraum, am Viehmarkte belegen, mit 5 Morgen Land incl. Wiese, ist vom 1. April d. J. zu verpachten oder zu verkaufen. Gef. Offerten erbittet sich

E. Graeser, Wwe.
in Dolzig.

Der Besitzer der hiesigen **Apotheke** wünscht dieselbe zu verkaufen.

Preis 192,000 M. Anzahlung 30,000 M. Kauflustige wollen sich an mich wenden.

Inowraclaw, 9. Febr. 1875.

Kleine,
Rechtsanwalt und Notar.

Rapskuchen

offerirt

Manasse Werner.

Heu und Stroh,

von guter Beschaffenheit, werden in größeren Quantitäten zu kaufen gesucht. Frankirte Offerten mit Preisangabe wolle man an den Torfmeister **Schmidt** in **Pentkowo** bei Schroda richten.

Zur Saat

offerirt:

Gerste, Hafer, Erbsen, Wicken, gelbe und **blaue Lupinen, Roggen, Weizen,** echten amerikanischen Pferdezahnmais, **Klee, Luzerne, Gräsereien** und überhaupt alle Arten von **Feld-, Wiesen-** und **Waldsämereien** in bester Qualität billigst

S. A. Krueger,
Posen, Friedrichsstraße 27.

(H. 2218 a.)

Die Dampf-Knochenmehl- und chem. Dung-Fabrik

von

B. Kupke & Sohn in Rawitsch

empfiehlt billigst ihre anerkannt guten Fabrikate, als:

Gedämpftes fein gem. sowie **präparirtes Knochenmehl, Superphosphate** in allen Zusammensetzungen; ferner **Stassfurter Kali- und andere Düngsalze** aus der chem. Fabrik, Actien-Gesellschaft in **Staßfurt** zu dortigen Fabrikpreisen, da wir eine Vertretung derselben übernommen haben.

Peruguano, Chilisalpeter, schwefelsaures Ammoniak etc. nach Marktpreisen.

Wir stehen mit Preis-Couranten, Proben 2c. jeder Zeit zu Diensten und leisten Garantie für den Gehalt unserer Düngmittel.

Am 17. d. M. findet in **Czerniejewo** eine Holz-Licitation statt; es werden verkauft:

50 Raummeter Ellern-Kloben,
100 " Stockholz,
150 Strauchhaufen,
50 St. eichenes Schirrholz,
50 " birkenes "
50 " Kiefern-Bauholz,
80 " birkene Stangen,

Die Forstverwaltung.

Auf dem Dom. **Gołęcin** b. Posen deckt der Percheron-Hengst **Moisinoir** (Schwarzschimmel) für Thlr. 3. 10 Sgr.

Am 15. Februar beginnt der Bockverkauf aus meiner reinblütigen Saateler Kammwollheerde. Wagen stehen auf Wunsch in Samter oder Neutomysl bereit.

Pinne, 10. Febr. 1875.

Georg. Frhr. v. Massenbach.

Der Vollbluthengst **Napoleon,** mit Erfolg sprungfähig, aus England bezogen und in den besten Gestüten Schlesiens mit großem Erfolg angewandt, 17 Jahr alt, dabei fest im Zuge, steht wegen Ueberzähligkeit in Bartnig bei Militsch, dicht an Sulmierzyce, sehr preismäßig zum Verkauf.

Neben meinem Lager von **amerikanischem Speck und Schmalz** habe ich auch ein

Heringslager en gros

errichtet und empfehle dasselbe unter Zusicherung streng **reellster** Bedienung.

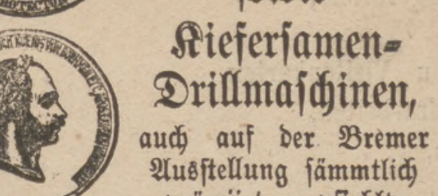
Isidor Busch,
Sapiehaplatz 2.

Breitsäemaschinen,



ein- und zweipferdige,

einpferdige Kleesäemaschinen, sowie Kiefersamen-Drillmaschinen,



auch auf der Bremer Ausstellung sämmtlich prämiirt, empfiehlt



E. Drewitz,
Eisengießerei und Maschinenbauanstalt,



Thorn.



ציגאריען של פסח

angefertigt unter Aufsicht des Herrn **Landrabbiner Tiktin** empfiehlt die

Cichorien-Fabrik
Louis Ledermann, Breslau.

(H. 2297.)

Frachtbrief-Formulare,

nach den neuen Bestimmungen angefertigt und mit dem Stempel der Oberschlesischen Eisenbahn versehen, sind stets vorräthig und werden

100 Stück ohne Firma à 10 Sgr.,
100 Stück **mit Firma, Signatur** 2c. à 12 1/2 Sgr.

abgegeben in der

Hofbuchdruckerei W. Decker & Comp.

Die Tafelglas-Handlung, Werkstatt für Glaserei u. Bilderrahmen-Fabrik von

M. Nowicki & Grünastel,
Posen, Jesuitenstr. 5,

empfiehlt ihr reichhaltiges Lager von **Bildern, Spiegel- und Photographie-Rahmen, Gold-, Politur- und Antique-Leisten, Tapeten-Leisten, Gardinenstangen, Gardinenhalter, Consolen 2c. 2c.**

Bilder werden sauber und billig eingerahmt.

Alte Rahmen werden gut u. billig restaurirt

Sauber, kunstvoll und prompt

fertigt

Diplome,
Illustrirte Werke,
Enveloppes,

Hochzeitsgedichte,
Obligationen,
Frachtbriefe,
Broschüren,
Umschläge,
Cirkulare,
Handlungsbücher,
Dividendenscheine,
Rechnungen u. Facturen,
Urwählerlisten,
Coupons,
Kataloge, Preiscourante,
Etiquettes,
Register u. Formulare,
Einladungsbriefe,
Instructionen,

U. nterrichts- u. Schul-Formulare,

Lieferungszettel,
Initialen,
Tanzordnungen,
Hochzeitskladderadatsch,
Oeffentliche Plakate,
Gebet- u. Gesangbücher,
Rollkarten,
Arbeitsbücher,
Papier-Servietten,
Hauptbücher,
Iahresberichte,
Schemas zu Wechseln u. Quittungen,
Couvert- u. Briefköpfe,
Handelsberichte,
Ehrenbürgerbriefe,

Adress- u. Visitenkarten,
Nummerirarbeiten,
Statuten,
Tabellen,
Actien u. Policen,
Loose,
Trau-, Tauf- und Todtenscheine,

V. erlobungsanzeigen,

W. erke u. Zeitschriften,

Dissertationen,
Eintrittskarten,
Censuren,
Kontrakte,
Empfehlungskarten,
Rechenschaftsberichte,

U. mdrucksachen,

Contobücher,
Offertbriefe,
Menüs u. Speisekarten,
Programms, Prospecte,
Avise,
Gelegenheitsgedichte,
Nota's u. Notizzettel,
Interimsscheine,
Empfangsbescheinigungen

und berechnet billigste Preise

Die Hofbuchdruckerei W. Decker & Co.

Saat-Offerte.

Zur Frühjahrssaat offerire sauber gereinigt
reinen Sommerroggen ohne jede Beimischung,
grüne Erbsen (die früheste aller bekannten Erbsen),
weiße Lupinen (nach allen Erfahrungen die beste aller bekannten Lupinen-Sorten),
Pferdebohnen, ganz rein oder gemischt mit Victoria-Erbsen,
weißen frischen Kleesamen.

Mierzwin b. Güldenhof.

Otto v. Wienskowski.

Riesenrunkelrüben-Samen,

gelber, Pohl'scher Gattung, verkauft den N.-Scheffel mit 15 Mk., die Mtz. mit 1 Mk. gegen Baareinsendung oder Postvorschuß.

Carl Heinze,
Vorwerksbesitzer in **Klecko.**

Zur Frühjahrspflanzung

empfiehlt das **Dominium Solacz** bei Posen sämmtliche Sorten **hochstämmige Obstbäume** der besten Sorten, **französische Zwerg-Obstbäume, edle Weinstöcke, Johannisbeersträucher,** viele Schock **Rosenstöcke** der neuesten und schönsten Sorten, **Allee-Bäume** und **Sträucher** zu Parkanlagen.

Wegen Erweiterung meiner Original-Saateler Kammwoll-Heerde verkaufe ich nach der Schur aus der bisherigen hiesigen Wollheerde 150 St junge, gesunde, wollreiche, große **Mutterschafe,** deren Besichtigung in der Wolle jederzeit erfolgen kann.

Pinne, 10. Febr. 1875.

Georg Frhr. v Massenbach.

Schärpen

recht elegant in allen Farben mit Gürtel in Taffet und Rips **à 15 Sgr.!!** 20, 30 Sgr.
Schärpenband, recht breit, alte Elle **6 Sgr.,** 7½ bis 15 Sgr.
Damenschleifen in größter Auswahl, Busenschleifen schon pro **Dutz.** a **20 Sgr.**
Seiden Cöper } **Shawls** in allen Farben ½ Dtzd. 12½ Sgr.
Cachenez rein seidene } f. Damen 6½ u. 7½ Sgr. f. Herren 15 u. 20 Sgr.
Tarlatan, Tüll, Mull etc. zu Kleid. billigst; — **Rips-Piqué** 5 Sgr., **Unterröcke,** in Moiré a 35 Sgr., in **Zanella** 50 Sgr. (für Confirmanden nur 45 Sgr.)

Gardinen

in größter Auswahl und zwar Mullgardinen schon Stück = c. 33 alte Ellen von 2 Thlr. 5 Sgr.
Zwirn-Gardinen 5½ Thlr.
Waffel-Bettdecken, nur ganz große mit Franzen a **27½** Sgr. — 35—50 Sgr. (H. 1528.)

Taschentücher

d. ganze Dtz. 15 Sgr., rein leinen für Herren ½ Dtzd. 20 Sgr.

Spezielle Preiscourante ***gratis franco!***

Siegmund Schwartz.
Berlin,
Kommandantenstraße 77
25. Laden 25.

Auswärtige Aufträge nur gegen Postvorschuß.
Muster können nicht versandt werden.

Pferdestallungen

Königsstr. 19 zu vermiethen.

Gesucht wird ein geb. j. Mädchen, zur Beaufsichtigung von Kindern, etwas musikalisch erforderlich. Meld. K. 11, Expd. d. Pos. Ztg.

Den Herren Gutsbesitzern und Kaufleuten empfehle ich mein Lager dauerhafter und billiger **Woll- und Getreidesäcke,** sowie auch **Raps- und Wagenpläne.**

A. Rothermundt.
Schoensee W./P.

Pistolenfächer,
das **Neueste** der **Saison,** sind billigst zu haben bei
Mannheim Wolffsohn.
Kränzelgasse.

Ein **Repositorium** für ein Material-Geschäft wird zu kaufen gesucht. Näheres **H. H. 50** postlagernd **Posen.**

Eine größere Parthie geräucherten **schwedischen Lachs** hat sehr billig abzulassen (H. 1151)

B. Bennthsow
in **Stettin.**

---

2 Zimmer, 1 Tr, sind vom 1. April zu verm. Näheres in der Buchhdlg. von **M. Leitgeber & Co.** (Wilhelmspl.)

Schützenstraße 20
ist eine Wohnung von 4 kleinen Zimmern in der 4. Etage für 80 Thaler jährlich zu vermiethen.

Graben 25

Eine Wohnung von 3 Stuben nebst Zubehör in der I. Etage zu vermiethen.

Marstallstr. 1, am Kämmereipl., ist eine kleine Wohnung resp. Laden sofort zu vermiethen. Näheres bei Hrn. **S. Dybizbański** daselbst.

Ein **möblirtes Zimmer** wird von einem jungen Mann zu miethen gesucht. Näheres **M. M. 100** postlagernd **Posen.**

Ca. 400

der **neuesten Vacanzen** für **Kaufleute, Beamte** etc. enthält pro Monat die

täglich

erscheinende **Deutsche Vacanzen-Liste.** Abonnement bei Franco-Zusendung pro Monat 6 Mark, pro ½ Monat 4 Mark. **Oscar Leube** in **Leipzig,** Alexanderstr. 5. (H. 3664.)

Zur Erlernung der **französischen Conversation** mit gutem Accent wird ein **Lehrer** resp. eine **Lehrerin** gesucht. Gefällige Offerten mit Angabe des Honorars sind unter **X. 22** in der Expedition dieser Zeitung niederzulegen.

Ein zuverlässiger und fleißiger

Bureaugehilfe

kann sofort in meinem Bureau placirt werden. Gehalt monatlich 21 Mark neben freier Station.

Obornik, den 10. Februar 1875.

Alberti,
Kgl. Distrikts-Kommissarius.

Ein junger, gebildeter **Wirthschafts-Inspektor** mit 100 bis 120 Thlr. Gehalt pro Jahr wird vom 1. April d. J. gesucht, statt dessen auch ein **Volontair** angenommen, der schon einige Jahre in der Wirthschaft war.

Klug,
Thalheim bei Bromberg.

Für ein größeres Leder-Kommissionsgeschäft in Berlin wird ein Lehrling, auch ein solcher, der seine Lehrzeit schon anderweitig begonnen, aus guter Fam. mit guten Schulkenntnissen gegen gute monatliche Vergütung gesucht und Meldungen persönlich und schriftlich bei **S. G. Belitzer,** Posen, Breslauerstraße 12—13 II., Nachm. v. 4—5 Uhr erbeten. (H 2220a).

---

2 Lehrmädchen

werden engagirt von

S. Schott,
Putz- und Confections-Geschäft.

Einen älteren zuverlässigen **Mann** zur Beaufsichtigung eines Kohlengeschäfts verlangt **Terpitz.**

Einen Lehrling

sucht sofort

J. Buchholz,
Friseur,
13. Wasserstraße 13.

Provisionsreisende gesucht für die Provinzen Posen, Pommern, Schlesien etc. Artikel für Tischler, Maler Kaufleute und Droguisten. Adressen unter Chiffre **B. S.** an die Exped. d. Ztg.

Eine tüchtige, in der feinen Küche wohl erfahrene **Köchin** wird zum 1. April gesucht Berlinerstraße Nr. 21, 1 Treppe.

Für mein Colonial-Waaren- und Destillationsgeschäft suche einen **Lehrling.**

Süssmann Lewek,
Santomischel.

Ein zuverl Mann mit gut. Zeugnissen kann sof. als **Omnibus-Kondukteur** eintreten; festes Gehalt 36 Mark, außerdem 9 bis 12 Mark monatlich Nebeneinkünfte.

S. Bernstein, Omnibusbes. in Schwersenz.

Für mein Kolonialwaaren- und Destillationsgeschäft en gros und en detail suche zum 1. April d. J. einen

tüchtigen Verkäufer

mosaischer Konfession.

Driesen, im Februar 1875.

Albert Labus.

Ein Lehrling,

Sohn anständiger Eltern, mosaisch, kann per Ostern in meiner Destillation eintreten.

N. Neufliess,
Fraustadt.

Ein Reisender

wird zum baldigen Antritt gesucht Derselbe muß bereits in einem Masch.-Oel- und Wagenfett-Geschäft gewesen sein und die Domänen und Brennereien etc. in Schlesien und Posen bereist haben.

J. Rosahl
in Roßlau a. d. E.

Zur Leitung des Hauswesens oder als Gesellschafterin in einer Familie od. bei einer alleinstehenden Dame sucht ein gebildetes Mädchen, in mittleren Jahren, zum sofortigen Antritt eine Stellung.

Meldungen beliebe man gefälligst an den Kaufmann Herrn **J. Königsberger** in Gnesen zu richten.

Ein **junger Mann** (Specerist), mos., der deutsch. u. polnischen Sprache mächtig, der in einem en gros und en detail Geschäft thätig ist, sucht per 1. April c. anderweitig Engagement Off. sind unter **K. Z. 20** postlag. **Krotoschin** erbeten.

Ein anständ. Mädchen guter Familie, welches die Putzmacherei gründlich erlernt, auch als Verkäuferin im Putzgeschäft thätig gewesen, sucht zum 1. April anderw. Stellung; auch hat sie Buchführung erlernt und ist in der Schneiderei erfahren. Adressen unter B. 40 poste rest. **Bromberg** erbeten.

Eine junge, fein gebildete **Dame,** vollkommen fähig, jede Haushaltung zu verwalten, darüber die besten Zeugnisse hat, wünscht Stellung. Offerten sind an die Exped. d. Ztg. unter **O. G.** zu richten.

Ein Fräulein,

im Maschinennähen und allen weiblichen Handarbeiten geübt, auch in der Milchwirthschaft erfahren, sucht sofort oder 1. April Stellung. Adr. erbitte unter **L. S.** postlagernd Poln. Lissa.

Ein junger **Mann,** der zum 1. April c. seine Lehrzeit in Spezerei- u. Farbenhandlung beenden wird, sucht Stellung. Näheres **A. A. 100** postlagernd **Posen.**

Ein **Diener,** der militärfrei und gute Zeugnisse aufweisen kann, sucht vom 1. April d. J. Stellung. Briefe postlagernd **P. S. Zirke.**

Vorläufige Theater-Anzeige.

Nächsten Montag findet die elfte außergewöhnliche Extra-Vorstellung statt, worauf schon heute ein geehrtes Publikum aufmerksam gemacht wird, um sich rechtzeitig mit Billets versehen zu können.

Kaufmännischer Verein zu Posen.

Heute Abend gesellige Zusammenkunft und Ballotage bei **Emil Brummé.**

Hotel de Saxe.

Sonnabend, den 13. Februar 1875

letzter großer

Masken-Ball.

Beginn 9½ Uhr.
Entree: Herren **15 Sgr.,**
Damen **10 Sgr.**

Billets und Maskenanzüge sind vorher in meiner Wohnung **Berlinerstr. 19** zu haben. **Emil Kawecki.**

Familien-Nachrichten.

Statt besonderer Meldung empfehlen sich als Verlobte Verwandten und Bekannten

Emma Baumann
Ottomar Hübner.
Wollstein. Breslau.

Statt besonderer Meldung.

Als Verlobte empfehlen sich:

Hulda Brieger
Salo Rawicki.
Landeck i. Schl. **Turowy** b. Pleschen.

Statt besonderer Meldung.

Heute früh 1 Uhr schenkte mir meine liebe Frau **Olga** geb. **Mewes** ein prächtiges Mädchen.

Strykowo, den 10. Feb. 1875.

Max Freyschmidt.

Statt besonderer Meldung.

Nach kurzem Krankenlager entschlief heute Morgen 3 Uhr sanft und schmerzlos unsere geliebte Schwester **Emma.**

Berlin, den 9. Februar 1875.

Gustav Wendt,
Gymnasial-Direktor in Karlsruhe.
Hedwig Nötel geb. **Wendt**
in Sangerhausen.
Mathilde Wendt.

Die Beerdigung findet statt Freitag, den 12. d. M. um 1 Uhr vom Trauerhause nach dem Jerusalemer Kirchhof in der Belle-Alliancestraße.

Heute Nachmittag ½5 Uhr entschlief sanft nach kurzem Leiden der Rentier

Carl David Handke
aus **Poln. Lissa.**

Dieses zeigen statt besonderer Mittheilung ergebenst an

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Kuszewo bei Schokken, den 10. Februar 1875.

Interims-Theater in Posen.

Freitag den 12. Februar:
Benefiz für Herrn Edmund Bernhard.

Tannhäuser,
oder:
Die Keilerei auf der Wartburg.

Zukunftsposse mit vergangener Musik und gegenwärtigen Gruppirungen in 3 Akten. Musik von Carl Binder.

Vom Central-Bahnhof nach der Gr. Gerberstraße.

Lokal-Schwank in 1 Akt von B.

Sonnabend den 13. Februar:
Auf Verlangen:
Zehnte außergewöhnliche Extra-Vorstellung.
Entrée 7½ Sgr.

Die Fremde,
oder:
Meister Falkner und seine Gesellen.

Schauspiel in 5 Akten von Johanna Weißenthurm.

Sonntag den 14. Februar:
Zum 1. Male (neu):

Preußens erstes Schwurgericht.

Schauspiel in 5 Aufzügen von Herrmann Kette.

In Vorbereitung:
Zum Benefiz für Herrn Thimm: **Mottenburger.** Gesangs-Posse in 7 Bildern von Kalisch und A. Weirauch. Musik von R. Bial.

Emil Tauber's Volksgarten-Theater.

Freitag: Vorstellung **(ohne Tabaksrauch.)** Zum ersten Male (ganz neu): **Ein Justizmord und seine Folgen.** Schauspiel in 5 Bildern und einem Vorspiel.
1. Bild: Ein Opfer der Justiz. 2. Bild: Das Erbtheil eines Namens. 3. Bild: Die Kinder des Gerichteten. 4. Bild: Ein Messer mit blutiger Klinge. 5. Bild: Die Vision der Somnambule. 6. Bild: Die Sonne bringt es an den Tag.

Die Direktion.

Mein aus Paris bezogenes **Billard** mit den neu erfund. franz. Uhren m. Glockenwerk (zum Zählen der Points) habe jetzt mit einer Spiegelglasplatte und neuem Ueberzug versehen lassen und empfehle solches hierdurch.

Otto Goy,
Friedrichsstr. 22.

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.